

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 196.

Mittwoch, den 23. August 1911.

18. Jahrg.

Gegen Marofforummel und Kriegsbeize

findet am Sonnabend abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Gewerkschaftshaus eine

Protest-Versammlung

mit dem Reichstagsabgeordneten Ph. Scheidemann als Referenten statt.

Parteigenossen, Männer und Frauen, sorgt für einen Massenbesuch!

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Der Aufstieg der Teuerung.

Zur Zeit von Bismarcks Sturz, im Jahre 1890, hatte die Lebensmittelerhöhung schon einen hohen Grad erreicht. Der aus der Anglistwahl von 1887 hervorgegangene Reichstag mit seiner Surramajorität hatte die Getreidezölle auf 5 Mk. hinaufgeschraubt. Unter Bismarcks Nachfolger, Caprivi, begann alsdann die neue Handelsvertragspolitik, deren günstige Wirkungen noch allen Geschreies der „notleidenden Agrarier“ vom deutschen Volke gar wohl empfunden wurden. Die Getreidezölle wurden von 5 Mk. auf 3,50 Mk. herabgesetzt, was namentlich die sozialdemokratische Fraktion beim rumänischen und russischen Handelsvertrag durchdrücken half. Die Agrarier machten damals den Sozialdemokraten den albernen Vorwurf, sie hätten damit auch für Getreidezölle gestimmt, worauf die sozialdemokratische Fraktion erwiderte, daß ohne ihre 36 Stimmen die Handelsverträge mit Rußland und Rumänien verworfen worden wären und daß vom Standpunkt der Klasseninteressen der deutschen Arbeiter aus die Fraktion die Handelsverträge habe akzeptieren müssen.

Den Handelsverträgen folgte aber auch ein ungeheurer Aufschwung der deutschen Industrie, die auf dem Weltmarkt Erfolge errang, wie nie zuvor. Zwar wußten sich die Kapitalisten ebenso ungeheure Profite zu sichern, aber für die Arbeiter war wenigstens ausreichende Arbeitsgelegenheit geschaffen.

Gegen diese vorteilhafte Wendung begannen die Agrarier unter der Führung der gierigen Junkerkraft zu wühlen. Caprivi ward bald darauf durch die Kamarilla gestürzt. Unter dem schwachen Hohenlohe schwoll die agrarische Unmähigkeit höher und höher, und der glatte Bülow verschrieb sich den Vorkämpfern aus Ostelbien mit Haut und Haar. Unter seiner Regierung wurde der neue Zolltarif von 1902 durchgedrückt, durch welchen eine horrendere Lebensmittelerhöhung in Deutschland zur ständigen Einrichtung gemacht wurde, während der Kanzler den Junkern frohlockend verkündigte, daß nunmehr „die Zeit der Ernte“ gekommen sei. Aber nun machte er den „rollenwichtigen Seitensprung“ mit dem konservativ-liberalen Block und legte eine „Finanzreform“ vor, die den Junkern nicht gefiel, weil mit ihr der Staat hinter ihre Steuergeheimnisse gekommen wäre. Da sprengten sie den unnatürlichen konservativ-liberalen Block, verbanden sich mit den Pfaffen und machten mit dieser eine „Finanzreform“ nach ihrem Geschmack. Abermals wurden dem Volke eine Menge von Lebensbedürfnissen verteuert.

Wir sind in Deutschland unter der Herrschaft dieses schwarz-blauen Blocks und der Junker und Pfaffen überhaupt nun so weit gekommen, daß wir im allgemeinen und im Verhältnis zum Volkseinkommen unsere unentbehrlichen Lebensbedürfnisse von allen Kulturvölkern so ziemlich am teuersten bezahlen müssen. Die national-liberale Partei hat zu diesem Zustande auch ihr vollgerüttelt Maß beigetragen, indem sie die agrarische Schutzpolitik bis hierher gehorsam mitgemacht und somit auch die Schuld an der Teuerung auf sich geladen hat. Das deutsche Volk steht in seiner Mehrheit im Zeichen der Unterernährung, was auch von volkswirtschaftlichen und medizinischen Autoritäten bestätigt worden ist. Die Agrarier haben mit rohem Gebrüll die Stimmen der Wissenschaft zu überstöhnen versucht. Man wird aber die darbenende Volksmasse damit

nicht über ein Gefühl des Mangels hinwegtäuschen können, das sie am eigenen Leibe so empfindlich verspürt.

Nun kommt aber noch die Kalamität dieses heißen Sommers hinzu. Die exorbitante Dürre dieses Sommers hat schreckliche Verheerungen angerichtet, die zu keinem unglücklicheren Zeitpunkt kommen konnten. Deutschland wird zurzeit schwer von Viehseuchen geschädigt, als deren Ursprung die Agrarier mit fürchterlichem Geschrei das Ausland ansuldigen, womit sie die Beschwerden über die enorme Fleischvertuerung durch die Zölle erstickten wollen. Dazu kommt nun noch der Futtermangel, der die Fleisch- und Milchversorgung abermals gefährdet. Die Dürre hat aber auch den Ertrag der Ernte an Obst, Kartoffeln und Gemüse außerordentlich reduziert. Die Preise schnellen empor, wie noch nie. Die weitesten Volkskreise sind von Bangen erfüllt, wenn sie daran denken, was bei solchen Preisen im Winter werden soll. Wie können wir da überhaupt noch bestehen? lautet die Frage, welche aus dem Munde von Tausenden und aber Tausenden von Vätern und Müttern kommt, die täglich drei, vier, fünf, sechs, sieben und mehr Kinder satt machen sollen.

In diesen Zeiten gibt es immer noch eine Anzahl von Großgrundbesitzern, Junkern, Agrariern und Profitmachern, welche daran denken, wenn sie die Gesetzgebungsmaschine in der Hand behalten, noch weiter die Zölle zu steigern, um aus dem unsäglichen Elend des Volkes noch höhere Gewinne schöpfen zu können.

Und die Regierungen? Zu Caprivis Zeiten war die Not des Volkes und die Teuerung lange nicht so groß wie heute. Dennoch brachte man damals den Beschwerden des Volkes Verständnis entgegen und schuf Abhilfe trotz des betäubenden Lärmens der Agrarier.

Aber heute? Da hat der preussische Landwirtschaftsminister, Herr v. Schorlemer, an die Landwirtschaftskammern des Königreichs einen Erlaß über die Fleischversorgung Preußens gerichtet. Er gibt den Futtermangel zu und er will „für den äußersten Notfall“ die Lieferung von Futtermitteln durch das Ausland in Betracht ziehen; aus Steiermark soll dann einiges Heu bezogen werden können, nachdem ein „Notstandsstatist“ veröffentlicht sein wird.

Der Vater dieses Ministers, der bekannte Zentrumsumgeordnete v. Schorlemer-Alst, äußerte noch 1878:

„Nein, ich will keine Getreidezölle; ich will der Bevölkerung nicht das Brot verteuern.“

Und später stimmte er doch für solche. Schorlemer der Sohn aber ist in agrarischen Anschauungen schon ganz erstarrt; er sieht jedenfalls eine der ersten „nationalen Erregenschaften“ darin, daß Deutschland die höchsten Getreidezölle der Welt hat. Für ihn steht es auch fest, daß die deutsche Landwirtschaft Deutschland „genügend“ mit Brot und Fleisch versorgen kann, trotz der künstlich geförderten Getreideausfuhr und trotz der auf 65 Millionen gestiegenen Bevölkerung. Heinrich IV. sagte, jeder Bauer solle Sonntags sein Huhn im Topfe haben; er hat dies Versprechen zwar nicht erfüllt, aber er sprach doch davon. Aber wie steht's bei uns?

Herrn v. Schorlemer muß es doch auch nicht unbekannt sein, daß bei den gegenwärtigen Fleischpreisen und Arbeitslöhnen ein sehr großer Teil unseres Volkes überhaupt sich keinen Fleischgenuß erlauben kann, während ein anderer großer Teil nur selten und dann die niedrigste Qualität von Fleisch genießen kann. Der Herr Minister zählt aber einfach die Bestände von Rindvieh und Schweinen auf, die sich hier

und dort etwas gesteigert haben mögen, und sagt dann kurz und schneidig: „Die Fleischversorgung zeigt mithin keinen ungünstigen Stand.“ Die Millionen von Deutschen, die fast ausschließlich von Kartoffeln leben müssen und über die nunmehr die Kartoffelteuerung mit dreifacher Wucht hereinbricht, sollen sich wohl damit trösten, daß es mit der Fleischversorgung „nicht ungünstig“ steht!

Nein, da ist nichts zu erwarten. Da werden höchstens einige unbedeutende Konzessionen gemacht, und die Herren Großagrarien haben sogar noch Bedenken gegen die Einfuhr von Heu aus Steiermark.

Der kommende Winter wird die Deutschen mit einer noch nie dagewesenen Teuerung über den „Segen“ der agrarischen Handelspolitik so deutlich wie noch nie belehren. Dann wird aber auch das deutsche Volk den Stimmgabel zur Hand nehmen und die schwarz-blau-national-liberal-agrarische Mehrheit aus dem Reichstage hinauswählen — sonst wäre es wirklich kein unverdientes Schicksal, wenn dies Volk abermals den Hungerriemen noch enger schnallen müßte, nur um die Profite „notleidender“ Schnapphähne wieder und wieder zu steigern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Zur Maroffo-Frage.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“, der nach den neuesten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zurzeit wieder als offiziös angesehen werden muß, aus Badenweiler erfahren hat, wird Staatssekretär Ritterlen-Waechter einen Ausflug nach der Schweiz machen und erst in den letzten Tagen des August wieder in Berlin eintreffen. Da auch der französische Botschafter Herr Cambon erst zu dieser Zeit wieder nach Berlin zurückkehrt, werden die Verhandlungen der beiden Diplomaten erst im September wieder aufgenommen werden.

Frankreich scheint des langen Hinzögerns müde zu sein, denn wie dem „Lokal-Anzeiger“ aus Paris mitgeteilt wird, hat der Ministerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik dem Botschafter bestimmte Instruktionen gegeben, die darin gipfeln, daß Frankreich nicht gewillt ist, auf neue Forderungen Deutschlands einzugehen.

Unterdessen scheinen die Kämpfe im strittigen Südsüdgebiet sich flott weiter zu entwickeln, und es gewinnt fast den Anschein, als ob die Unruhen dort bis zum September soweit gefördert sein werden, daß ein Einschreiten der bewaffneten Macht von der herrschenden Clique als gerechtfertigt hingestellt werden kann.

An der Berliner Börse entstanden am Dienstag nachmittag alarmierende Gerüchte von einem Abbruch der Marokko-Verhandlungen, die zu einem erheblichen Kurssturz führten. Der Ursprung der Gerüchte wird auf einen Artikel eines in Wien erscheinenden Blattes zurückgeführt. Der „Lokal-Anzeiger“ kann bestätigen, daß von einem Abbruch der Verhandlungen gar keine Rede sein könne.

Schwindelhaftige Marokko-Schaustellung.

Ein ungenanntes Komitee hat die Absicht, demnächst in Berlin eine „Massenversammlung“ abzuhalten; in der die Abgg. Dr. Hecksher und Erzberger, sowie der General Reim für die Bestrebungen der Alldeutschen in der Marokko-Angelegenheit eintreten sollen. Herr Hecksher hat sich gegen den Mißbrauch seines Namens bereits verwahrt, das gleiche tut jetzt Herr Erzberger, dann bleibt nur noch der General Reim als „Wortführer des deutschen Volkes“ übrig.

Der Kaufpreis im Marokkhandel.

Die „Nationalzeitung“ weiß zu berichten: „Die deutschen Vorschläge beziehen sich auf Abgrenzung des Teiles vom Congo français, über dessen Abtretung an Deutschland bereits verhandelt worden ist. Die Aufgabe der Deutschen Kolonie Togo, die Frankreich zu erlangen versucht hat, ist angeht der bestimmten Belagerung der Regierung fallen gelassen worden.“ Wahrscheinlich handelt es sich bei dieser Meldung wieder um eine jener zahlreichen müßigen Kombinationen, die am nächsten Tage widerrufen werden, oder wenn dies nicht geschieht, der Vergessenheit anheimfallen.

Der Kriegshetzer der „Post“

Ist ein Redakteur zum Opfer gefallen; einer der Hauptbeteiligten bei der „Post“, der Freiherr v. Zedlitz, schrieb der „Kölnischen Volkszeitung“, daß er nach Kenntnisnahme des ihm völlig überraschenden Artikels der „Post“ dem beurlaubten Chefredakteur seine ernste Mißbilligung ausgesprochen und nachdrücklich Remede verlangt habe. Die Sühne sei durch die Kündigung des Schuldigen erfolgt, noch bevor der offensichtlich ohne Kenntnis dieses Vorgangs geschriebene Brief des Fürsten Hasfeldt veröffentlicht worden sei.

Mit dieser Nachricht steht die folgende Meldung der „Kreuzzeitung“ im Widerspruch:

„Aus den Kreisen der früheren Sozialisten der „Post“ wird uns zur Veröffentlichung folgendes mitgeteilt: „Die „Post“ ist vom 1. Juli 1910 an ein neues Konsortium übergegangen, welchem kein Mitglied der früheren S. m. b. H. angehört. So viel bekannt, gehören der neuen Sozialist auch keine Mitglieder der Deutschen Reichspartei oder der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses an. Augenscheinlich steht die „Post“ jetzt unter dem Einfluß alldentscher Kreise und rheinisch-westfälischer Eisenindustrieller.“

Selbst wenn das Datum — 1. Juli 1910 — ein Druckfehler ist und das neue Konsortium erst am 1. Juli 1911 die „Post“ übernommen hat, könnte Zedlitz im August keine Mißbilligung mehr aussprechen und die Kündigung von Redakteuren veranlassen. Daß im übrigen die rheinisch-westfälischen Eisenindustriellen, die Panzerplatten-Fabrikanten und die Scharfmacher gegen die Arbeiter die „Post“ nach ihren Wünschen lenken, ist eine alte bekannte Tatsache.

Die Scharfmacher als Kriegshetzer.

Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mitteilen, hat der Zentralverband Deutscher Industrieller an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der die Wahrung der deutschen Interessen in Marokko verlangt wird. Nach Ansicht des Zentralverbandes der Scharfmacher birgt Marokko nicht allein reiche Erzfunde, sondern ist auch geeignet für die Schafzucht und für den Anbau von Rohbaumwolle. Es wird dann noch hingewiesen auf den steigenden Anteil Deutschlands an dem Handel in Marokko und eine Festsetzung der Deutschen wird damit begründet, daß Frankreich in seinen ausländischen Besitzungen das Aufkommen anderer Nationen stets zu verhindern gewußt habe. Schließlich mahnen sich die Scharfmacher noch an zu behaupten, daß sie mit ihrer Eingabe den entschiedenen, einmütigen Willen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht haben.

Ein Zentrumsblatt gegen die Zentrumspolitik.

Die „Ermäandische Zeitung“, ein ostpreussisches Zentrumblatt, schreibt in einem Artikel über die wirtschaftliche Lage des Handwerks in Ostpreußen:

„Die fortlaufende Steigerung aller Preise für die notwendigsten Lebensbedürfnisse sowie die Erhöhung der direkten und indirekten Steuern und die Mehrbelastung von Handel und Gewerbe durch die Erhöhung der Beamtengehälter hat in den letzten Jahren zu einer empfindlichen Einschränkung der allgemeinen Lebenshaltung in allen Handwerksfamilien geführt. Fast in allen Handwerkszweigen sind die Preise für Rohmaterial und Halbfabrikate gestiegen, zumal die neuen Steuern dem Zwischenhandel geeigneten Anlaß boten, die Preise für Rohmaterialien u. v. ungewöhnlich in die Höhe zu schrauben.“

Das Zentrum hat zusammen mit den Konservativen die neuen Steuern sowie den Zolltarif, der die Verteuerung aller Lebensmittel brachte, dem deutschen Volke aufgebürdet, das sollte die „Ermäandische Zeitung“ mit sagen, wenn es diese volkschädliche Politik verurteilt.

Eine neue Verfassung für die Kolonien

Ist, wie die „Germania“ erzählt, in den Grundzügen im Reichskolonialamt fertiggestellt; der Entwurf geht nun an die Gouverneure zur Begutachtung. Der Reichstag dürfte den Entwurf frühestens in der Session 1912/13 erhalten.

Preussisches Seuchenamt.

Berühmte amtliche preussische Stellen haben eine Kommission gebildet, die die Gründung einer Zentralstelle für die Erforschung und Bekämpfung von seuchenartigen Krankheiten vorbereitet. Die Tätigkeit dieser Zentrale, die die Form einer königlichen Forschungsanstalt erhalten wird, soll in der Hauptsache darin bestehen, an Hand von zweckdienlichen Hilfsmitteln Versuche an Präparaten anzustellen, die im Dienste der Bekämpfung der am häufigsten auftretenden Seuchen eine erfolgreiche Verwendung erhoffen lassen. Beim Ausbruch von Seuchen im Auslande soll diese neue Zentralstelle eine Kommission zum Studium an den Seuchenherd entsenden.

Der Wahlkampf in Düsseldorf.

Das Zentrum, das sich bisher in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig betätigt hat, beginnt nun, sich mit ganzer Kraft in den Wahlkampf zu werfen. Ein vorwiegend linken vertriebenes Flugblatt läßt auch erkennen, wie das Zentrum den Wahlkampf zu führen gedenkt. In dem Flugblatt ist mit keinem Worte die Rede von Steuern, den innerpolitischen Verhältnissen des Reiches, der Sozialpolitik usw., es ist vielmehr vollständig auf den

„Die Religion ist in Gefahr; die Sozialdemokraten wollen die Religion beseitigen!“ Äußerungen, die im Ausland gefallen sind, werden gegen die deutsche Sozialdemokratie ausgeschleudert. Dabei ist das Flugblatt nichts als eine unterbrochene Schimpf-Epistel. Die unflätigen, gemeinlichen Ausdrücke werden unserer Partei gegenüber gebraucht.

Nach dieser ersten Probe, die von der schwarzen Subelkiche in M.-Glabbach geliefert wurde, kann man einen kleinen Vorgeschmack davon bekommen, was von den schwarzen Heuchlern gegen das Ende des Wahlkampfes zu geleistet werden wird. Unsere Parteigenossen eufallen eine rastlose Tätigkeit, und die Versammlungen sind erfreulicherweise sehr stark besucht, auch dort, wo uns bisher Lokale nicht zur Verfügung standen, und trotzdem die Kapläne die größten Anstrengungen machen, ihre frommen Schäflein vom Besuch der Versammlungen abzuhalten.

Der „Neue Preussische Lehrerverein“ vom Bunde der Landwirte subventioniert.

Die Gründung dieses Lehrervereins geschah durch einige reaktionäre Lehrer, um den Preussischen Lehrerverein zu sprengen. Daß diese reaktionäre Schöpfung vom Bunde der Landwirte subventioniert wird, wurde vom Herrn Dr. Dietrich Hahn noch im letzten Winter im Reichstage abgestritten. Jetzt werden die Tatsachen aber nochmals einwandfrei festgestellt in einer Zuschrift, die ein Lehrer dem Hansabund zugehen läßt, und die in dessen Mitteilungen veröffentlicht werden. In der Zuschrift heißt es darüber:

„Die beabsichtigte Neugründung sollte vor allen Dingen der täglich erscheinenden „Preussischen Lehrzeitung“ ein Paroli bieten und ihr möglichst das Wasser abgraben. Freilich war auch hier, wie so oft, Denken und Tun zweierlei. Die wenigen Mitglieder des neuen Vereins waren nicht imstande, eine solche Gründung zu finanzieren. Trotzdem trat diese Schöpfung mit dem Namen „Deutsches Lehrerblatt“ ins Leben. Jeder Kenner der Verhältnisse suchte nun nach den Hintermännern, die zweifellos da sein mußten, und fand sie im „Deutschen Schriftenverlag“, also — im Bund der Landwirte. Die Herren Dr. Hahn, Pieper und Köp hatten sich — endlich — gefunden. Diese Tatsache wurde zwar zunächst noch nach berühmten Mustern schamig verschwiegen, und eine Zeitlang mit viel Aufwand bestritten. Es wurde dazu mitgeteilt, daß die Herren Köp, Pieper und Schreck je 100 000 Mk. zur Gründung gegeben hätten. Auf Inanspruchnahme aus den eigenen Reihen aber mußte der „Neue preussische Lehrerverein“ zugeben, daß für das „Deutsche Lehrerblatt“ jährlich 15 000 Mark aus der Kasse des Bundes der Landwirte und 15 000 Mark aus der Kasse der „Deutschen Tageszeitung“ gezahlt würden. Daß der Bund der Landwirte nicht nur um der schönen Augen der „Reborouffen“ willen tat und tut, ist jedem Einsichtigen klar. Mit der Annahme dieser Gelder hat sich der „Neue preussische Lehrerverein“ dem Bund der Landwirte politisch mit Haut und Haaren verschrieben, und hierdurch die Schule zum Spielball der Politik gemacht; dieses Odium wird ihm immer anhaften.“

Der Bund hat an seiner Schöpfung aber doch wenig Freude; der „Neue preussische Lehrerverein“ soll bedenklich an Mitgliederchwund leiden.

Zur Frage der Strafprozeßreform

wird der „Deutschen Tageszeitung“ von „bestunterrichteter“ Seite geschrieben:

„Alle Meldungen über die Verschiebung der Strafprozeßreform entbehren jeder tatsächlichen Unterlage und sind nichts als Vermutungen. Bei der Vertagung des Reichstags hatten die Parteien der Rechten, das Zentrum und die Nationalliberalen die Absicht, die Vorlage noch zu stande zu bringen. Da seitdem die Fraktionen nicht versammelt waren, konnten andere Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt werden. Erst beim Wiederzusammentritt des Reichstags wird sich das Schicksal der Vorlage entscheiden. Die verbündeten Regierungen bestehen jedenfalls auf der alsbaldigen Verabschiedung und werden es auch noch ausdrücklich erklären.“

Das wollen wir doch einmal in aller Ruhe abwarten, ob die Regierung wirklich den Mut hat, dem Reichstag die unerhörte Zumutung zu stellen, den Entwurf der neuen Strafprozeßordnung noch zu erledigen, das heißt, der Welt das Schauspiel einer skandalösen Durchpeitschung dieser ungemein wichtigen und umfangreichen Vorlage zu bieten. Die Sozialdemokraten dürften diesem Unfug wohl mit äußerster Entschiedenheit sich widersetzen, insbesondere auch deshalb, weil sie, wie wir schon öfter dargelegt haben, es nicht billigen können, daß die Neugestaltung der Strafprozeßordnung vor der Reform des materiellen Strafrechts unternommen wird.

Aus- und Einwanderung über deutsche Zechäfen.

Nach dem 236. Bande der „Statistik des Deutschen Reiches“, der auch die überseeische Aus- und Einwanderung von Deutschen und von Fremden über deutsche Häfen behandelt, stellt sich die Zahl der im Jahre 1910 über deutsche Häfen ausgewanderten Personen auf 276 027, darunter 21 409 Deutsche und 254 618 Fremde; beide Zahlen waren im Jahre 1909 etwas geringer, nämlich 18 315 Deutsche und 239 637 Fremde. Außer den 21 409 über deutsche Häfen ausgewanderten gingen über fremde Häfen 4122 Deutsche. Die Gesamtzahl der deutschen Auswanderer betrug also im Jahre 1910: 25 531 (1909: 24 921). An dieser Gesamtzahl der deutschen Auswanderer sind als Auswanderungsgebiete beteiligt: Bayern, Brandenburg mit Berlin, sowie Hannover mit je über 2000, Westfalen, Königreich Sachsen, Rheinland, Posen und Württemberg mit je über 1000. Ihrem Verufe nach entfallen von den deutschen Auswanderern 7072 auf die Landwirtschaft, 8329 auf Bergbau und Industrie, 3595 auf Handel und Verkehrsgewerbe (einschließlich der Gast- und Schenkwirtschaft). Unter den über deutsche Häfen ausgewanderten Fremden befanden sich 105 662 Russen, 84 426 Österreicher und 56 861 Ungarn. Von den deutschen Auswanderern gingen 22 773, von den

fremden 233 056 nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die überseeische Einwanderung über die Häfen Bremen und Hamburg umfaßte im Jahre 1910 154 393 Personen, darunter 99 829 aus Nordamerika, 10 248 aus Südamerika, 952 aus Westindien und Mexiko, 4677 aus Afrika (hierunter 904 Mann deutscher Truppen) 833 aus Ostasien und 531 aus Australien.

Der Ex-König Manuel sucht Hilfe bei Wilhelm II.

Die „Deutsche Montagszeitung“ veröffentlicht das Bruchstück eines Briefes, den der portugiesische Ex-König Manuel an einen englischen Finanzmann gerichtet haben soll, und der offenbar den Zweck hat, bei diesem eine größere Anleihe für den gestürzten König locker zu machen. Das Blatt will sich dafür bürgen, daß der Brief echt sei. In diesem Briefe heißt es:

„Daß England mich einfach aus Gründen der Gerechtigkeit unterläßt, ist ausgeschlossen. Anders liegt der Fall bei Spanien und dem deutschen Kaiser. Insbesondere, was diesen letzteren anbetrifft, gebe ich mich der festen Voraussicht hin, daß Kaiser Wilhelm, der der einzige Idealist unter den europäischen Fürsten und Diplomaten ist, mich gegebenenfalls nicht im Stich lassen wird. Ich danke Ihnen für . . . und für Ihre Bemühungen in den Kreisen der englischen Diplomatie, — aber ich mußte, daß Sie keinen Erfolg haben würden.“

Es grüßt Sie, Ihnen immer geneigt

Manuel.“

Es scheint uns zweifelhaft, ob dieser Brief echt ist; es ist aber immerhin charakteristisch, daß alle ihres Thrones verlustig gegangenen Fürsten ihre Hoffnungen auf Deutschland setzen. Das Montagsblatt verwahrt sich übrigens dagegen, daß Wilhelm II. die monarchistische Bewegung in Portugal — „die zurzeit eine revolutionäre ist“ — unterstützen könne. Das Blatt fragt, wann und wo denn Wilhelm II. etwas ausgesprochen habe, das zu dieser Hoffnung berechtigte.

Warum nicht bei uns?

Es ist eine schon öfter bewiesene Tatsache, daß die „Kreuzzeitung“, die in der inneren preussisch-deutschen Politik die Reaktion mit äußerster Konsequenz vertritt, in ihrer Auslandspolitik manchmal ganz verständige Auffassungen vertritt. So läßt sie sich auch jetzt aus Brüssel nachträglich einen Bericht über die große Demonstration der Sozialisten und Liberalen schreiben, der am Schluß die politischen Folgen dieser Demonstration erörtert. Da heißt es:

„Es wäre verfehlt, eine derartige Demonstration, an welcher drei Parteien teilgenommen haben, verächtlich zu behandeln und so zu tun, als wäre nichts geschehen. Die belgische Regierung weiß aus eigener Erfahrung, daß solche große politische Straßenkundgebungen niemals als wirkungslos geblieben sind. Vor der Einführung des allgemeinen Stimmrechts, die im Jahre 1894 erfolgte, und der sich die damalige Regierung lange widersetzt, hat es solche Kundgebungen in den Straßen Brüssels gegeben. Die Regierung schenkte ihnen anfangs keine Aufmerksamkeit, war aber schließlich genötigt, das allgemeine Stimmrecht, wenn auch mit denjenigen Beschränkungen, die man heute beseitigen will, zu gewähren. Die klerikale Presse scheint aber aus der Vergangenheit nichts gelernt zu haben. Sie behandelt auch die letzte Brüsseler Demonstration trotz der Riesenzahl ihrer Teilnehmer sehr geringfügig und nennt sie einen harmlosen „Spaziergang“. Aber die ersten Regierungskreise sind doch wohl anderer Ansicht, und dies geht aus der bedeutungsvollen politischen Rede hervor, welche der belgische Ministerpräsident Baron de Brogueville am Vortage der Brüsseler Stimmrechtskundgebung hielt. Darin machte er Zugeständnisse, zunächst auf dem Gebiete der Schulpolitik, indem er einen Gesetzentwurf zur Einführung des gesetzlichen Schulzwanges in Aussicht stellte. Bezüglich der Reform des Wahlrechts hat er sich freilich nicht geäußert, er hat dieselbe aber nicht abgelehnt, wie dies frühere belgische Ministerpräsidenten getan haben, und daraus darf man schließen, daß das Ministerium Brogueville auch in dieser Frage keine schroffe Haltung einnehmen wird. Wie die Dinge heute liegen, wäre ein absoluter Widerstand der klerikalen Partei gegen die Wahlreform gleichbedeutend mit einer ununterbrochenen Agitation, die dem Lande die schwersten Wunden schlagen müßte. Eine Verständigung zwischen allen Parteien ist notwendig, und die Regierung würde große Klugheit an den Tag legen, wenn sie so bald als möglich mit den Oppositionsparteien in Verhandlung träte, um die Wahlreformfrage zu lösen.“

Das ist eine durchaus verständige Auffassung der Sachlage in Belgien. Wie wäre es aber, wenn die „Kreuzzeitg.“ der preussischen Regierung einmal den gleichen Rat geben wollte, sich mit der Opposition über die Wahlreformfrage zu verständigen? Das preussische Wahlrecht ist sicher noch mehr reformbedürftig als das belgische.

Der bayrische Landtag

Ist auf den 29. September einberufen worden. Die ersten Tage der Verhandlungen werden durch Interpellationen ausgefüllt werden, so insbesondere durch eine Interpellation über den jüngsten Ministerial-Erlass gegen den Süddeutschen Eisenbahnerverband und weiterhin eine Interpellation über den durch die anhaltende Dürre hervorgerufenen Notstand.

Portugal.

Allerlei Untriebe. Dem „B. L.“ wird aus Lissabon, 21. August, gemeldet: Großes Aufsehen erregt hier ein Angriff, der auf das Limoeiro-Gefängnis gemacht worden ist, um 400 dort eingeschlossene politische Gefangene zu befreien. Die Angreifer überwältigten die am Gefängnis aufgestellte Schilbmache. Als sie im Begriff standen, die eisernen Tore zu erbrechen, kamen militärische Verstärkungen herbei und die Angreifer wurden in die Flucht geschlagen. Einige Beunruhigungsverdächtige der Regierung auch das

Verhalten eines größeren Teiles der Unteroffiziere der Armee. Namentlich die Stimmung unter den Sergeanten ist eine sehr unerfreuliche, da sie mit der Behandlung, die ihnen durch die Regierung zuteil wird, nicht zufrieden sind und immer neue Ansprüche stellen. Das Blatt „Novidades“ berichtet, daß letzte Nacht 77 Sergeanten, die verschiedenen Regimentern der Lissaboner Garnison angehören, in dem zwei Meilen von Lissabon gelegenen Belem eine geheime Versammlung abhielten, um über die der Regierung gegenüber einzunehmende Haltung zu beraten. Der Kriegsminister, der von dem Komplott Kenntnis erhielt, sendete eine Kavallerieabteilung mit zwei Maschinengewehren nach Belem und ließ um Mitternacht das Gebäude, in dem die Sergeanten versammelt waren, umzingeln. Es gelang indes nicht, die Versammelten zu verhaften, da sie, als die Kavalleriemannschaften in das Gebäude eindrangen, sämtlich bis auf fünf einen Ausweg zur Flucht gefunden hatten. Die fünf Verhafteten wurde in das Gefängnis abgeführt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 23. August.

Achtung, Mater! Die Werkstelle Niset in Schlutup ist nach wie vor wegen Nichtanerkennung des Tarifes gesperrt. Der Vorstand.

Achtung, Tapezierer! Der Streik ist beendet, Zugung ist aber trotzdem streng fernzuhalten da die sämtlichen im Streik gestandenen Kollegen noch außer Arbeit sind. Der Vorstand.

Die Firma Kloeckh, Möbelgeschäft, Königstraße 65-67, ist wegen Tarifbruch für Tapezierer gesperrt. Kein Tapezierer fange dort an zu arbeiten.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Nichtanerkennung des tariflichen Lohnes für Maurer ist über die Tiefbaufirma Glogner die Sperre verhängt. Der Vorstand.

Über einen „nationalen Tiefstand“ der maßgebenden Berliner sozialdemokratischen Kreise heult und schimpft das Lübsche Amtsblatt in seiner gestrigen Abendausgabe, weil die Versammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Großberlins erklärt hatte, die Sozialdemokratie würde kein Mittel unversucht lassen, einen Krieg aus Anlaß des Marokkoabenteuers zu verhindern. Die Kriegshetze aller deutschen Chauvinisten zugunsten der Kanonen- und Panzerplattenfabrikanten bedeutet jedenfalls die „nationale Höhe“, für die die „Lübschen Anzeigen“ schwärmen, die schließlich nichts dagegen hätten, wenn die Arbeiter die Reche eines verbrecherischen Krieges mit ihrem Blute und Gute bezahlen müßten. Noch nie wohl ist mit der nationalen Phrase ein schlimmerer Mißbrauch getrieben worden, als gegenwärtig von der arbeitserfindlichen bürgerlichen Presse und deren Hintermännern.

Der Kampf gegen die Milchverteuerung, der von einem großen Teil der Lübecker Bevölkerung mit Nachdruck geführt wird, übt seine Wirkung auf die Milchhändler und Holländer, und damit zugleich auch auf die agrarischen Hintermänner des Attentats auf das milchkonsumierende Publikum, in bemerkenswerter Weise aus. Der Milchkonsum ist so zurückgegangen, daß mancher Milchhändler ein großes Quantum seiner Ware, die er morgens mitnimmt, mittags an die Haus-Meierei für einen billigen Preis abgeben kann. Hinzu kommt noch, daß nunmehr auch die Milchproduzenten ihren Anteil an dem Raub beanspruchen, nachdem sie zunächst die ganze Preiserhöhung den Händlern überlassen hatten. Wenn das Publikum fest bleibt und keine verteuerte Milch kauft, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, daß die Milch wieder zu dem alten Preise verkauft wird.

Die Sperre des Bauarbeiterverbandes über die Tiefbaufirma Glogner. Seit nunmehr 20 Jahren ist im Tarif des früheren Maurer- und Bauarbeiterverbandes festgelegt, daß für Wasser- und Schlammarbeiten Aufschlag gewährt wird. Nunmehr denkt jedenfalls die Firma Glogner, sich mach es anders und zahle den Maurern 10 Meter tief unter der Erde nur 65 Pfg. statt 75 Pfg. pro Stunde.“ Vom Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes höflich ersucht, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen, wurde diesem von Glogner erklärt: „Ich habe nichts mit Ihnen zu tun und verhandle nur mit meinen Leuten selbst.“ Hieraus wird jeder so recht den Verrentandpunkt heraushören. Wenn auch die Verhältnisse im Baugewerbe sehr schlecht liegen, der Bauarbeiterverband wird aber doch dem jungen Herrn Glogner begreiflich machen, daß er nicht in Quedlinburg ist, sondern in Lübeck. Die Erbarbeiter, zirka achtzehn Mann, haben denn auch die Arbeit eingestellt. Jedenfalls gefällt ihnen der Flecktopf des Herrn Glogner nicht mehr. Bei dieser Gelegenheit möchten wir an alle Erd- und Seilarbeiter die Mahnung richten: rafft Euch endlich auf; es ist geradezu unerhört, bei den heutigen teuren Verhältnissen einen Lohn von 38 Pfg. ab zu zahlen. Auch in leitender Hinsicht läßt es auf dem Bauplatz viel zu wünschen übrig. So sind dort Raubuden ohne verglaste Fenster mit Brettern vermauert. Der Wind reißt quer hindurch, so daß die Arbeiter beim Einnehmen ihrer Mäxlet jeder Zugluft preisgegeben sind. Der „Generalanzeiger“ bringt heute morgen ein Inserat „Maurer bei 80 Pfg. Stundenlohn werden beim Siebhaus gesucht“. Dies soll nur ein Lockmittel sein, man will die Organisation ignorieren. Kein Kollege darf sich deshalb verleiten lassen, bevor nicht die Sperre aufgehoben wird, dort in Arbeit zu treten.

Über dauernde und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit bei der Invalidenversicherung hat sich das Reichsversicherungsamt folgendermaßen ausgesprochen: Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist eine Erwerbsunfähigkeit als eine vorübergehende im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes dann anzusehen, wenn ihre Beseitigung nach verständiger, sachlich begründeter Voraussicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist. In weiterer Ausgestaltung dieses Grundgesetzes hat das Reichsversicherungsamt ausgesprochen, daß ein Versicherter, dessen Erwerbsunfähigkeit nur durch eine Operation beseitigt werden kann, die er ablehnt und abzulehnen berechtigt ist, als dauernd invalid anzusehen ist, da für die Beseitigung der Erwerbsunfähigkeit nur zulässige Mittel in Betracht kommen können. Dagegen hat das Reichsversicherungsamt bei einem Versicherten, dessen Erwerbsunfähigkeit durch die Anlegung eines Bruchbandes beseitigt werden konnte, das Vorliegen dauernder Erwerbsunfähigkeit verneint, weil es sich hier um eines der gewöhnlichsten Heil- und Hilfsmittel handelte, dessen Anschaffung dem Versicherten wohl angeeignet werden konnte und dessen Gebrauch die sichere Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit versprach. Zu der Frage, ob und unter welchen Umständen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist, wenn das die Erwerbsunfähigkeit bedingende

Leiden nur durch ein Heilverfahren mittels Krankenhausbehandlung oder ambulatorischer Heilbehandlung beseitigt werden kann, hat das Reichsversicherungsamt bisher noch nicht grundsätzliche Stellung genommen. Auch hier kommt es entscheidend darauf an, ob die Erwerbsunfähigkeit nach vorläufiger, sachlich begründeter Voraussicht in absehbarer Zeit zu beseitigen ist. Diese Frage kann aber nicht lediglich nach medizinisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden, das heißt, ein Versicherter kann nicht schon deshalb als bloß vorübergehend invalid angesehen werden, weil das seine Erwerbsunfähigkeit bedingende Leiden an sich bei geeigneter Behandlung der Heilung zugänglich ist. Es muß vielmehr auch festgestellt werden können, daß die Aussicht auf eine solche Heilung unter verständiger Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände wirklich gegeben ist. Zu diesem Zwecke wird insbesondere geprüft werden müssen, ob es sich um ein Heilverfahren handelt, dessen Durchführung, wie es bei einer Krankenhausbehandlung regelmäßig nicht angängig sein wird, dem Versicherten auf eigene Kosten angeschlossen werden kann, oder ob ein geeignetes Heilverfahren von anderer Seite (Krankenkasse, Berufsgenossenschaft, Versicherungsanstalt) eingeleitet oder angeboten worden ist. Auch das Verhalten des Versicherten gegenüber einem solchen Heilverfahren kann für die Frage, ob und seit wann dauernde Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist, von Bedeutung sein.

Bevölkerungsbewegung im Lübeckischen Staate während des Juli. Die Zahl der Geburten betrug 91 (1910: 84), die der Lebendgeburt 209 (253) und die der Sterbefälle 117 (129). Der Geburtenüberschuß belief sich demgemäß auf 92 (124). Uneheliche Geburten kamen 17 (36) mal vor. Totgeburt wurden 5 (6) mal registriert.

Folgen der Maul- und Klauenseuche. Infolge der in Deutschland herrschenden Maul- und Klauenseuche wiederholt der dänische Landwirtschaftsminister die den Viehquarantänestellen in Apentade, Flensburg, Kiel, Lübeck und Rostock erteilte Erlaubnis, das nach Deutschland ausgeführte und dort zurückgewiesene Vieh nach Dänemark zurückzubringen.

Konkurse. Über das Vermögen der Firma Chemie Fabrik „Trave“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Schlutup ist am 22. August 1911, mittags 12 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Mollwo in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt. — Über das Vermögen der Ehefrau Dr. Magda Dürr, geb. Schröder in Lübeck, Kockstraße 44, ist am 22. August 1911, mittags 12 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Jacobsohn in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Eine Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein findet am kommenden Montagabend im Stadthallentheater statt. Zur Aufführung gelangt, vielfachen Wünschen entsprechend, eine Operette, und zwar Dessingers „Don Cesar“. Das Werk gehört zu den besten Erzeugnissen der Operetteliteratur und ist reich an volkstümlichen Melodien. In „Don Cesar“ wirken alle ersten Kräfte des Ensembles mit, so daß eine gute Vorstellung mit Sicherheit zu erwarten ist. Da der Eintrittspreis mit 40 Pfg. ganz außerordentlich gering bemessen ist, so dürfte wohl auf ein ausverkauftes Haus zu rechnen sein. Eintrittskarten sind in der Expedition des „Volksboten“ und im Gewerkschaftshaus zu haben. Die Auslosung der Plätze wird am Sonnabend vorgenommen.

Hausfrauen und Mütter!

Den Milchvertenerern ist der Krieg erklärt!

Kauft keine Milch zu erhöhten Preisen!

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 22. August, morgens 6 Uhr: Wasser 17, Luft 16; morgens 10 Uhr: Wasser 18 1/2, Luft 18; mittags 12 Uhr: Wasser 18 1/2, Luft 17; abends 6 Uhr: Wasser 18 1/2, Luft 18 Grad Celsius. Zahl der Badenbenutzer: etwa 250 männliche (darunter 0 Klassen mit — Schülern) und 200 weibliche Personen.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Juli 14 Personen, darunter 2 Frauen, vor dem hiesigen Amtsgericht.

pb. Vermittelt. Der Schüler des hiesigen Katharineums Axel Schmidt, geb. am 1. August 1897 in Lübeck, hat am 22. d. M., morgens um 7 Uhr die elterliche Wohnung verlassen, um zur Schule zu gehen. Er ist in der Schule nicht angekommen und auch bis jetzt in die elterliche Wohnung nicht zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Der Knabe ist ziemlich groß, hat dunkles geschnittenes Haar und hellblaue Augen, und war bei seinem Fortgange mit roter Kassenmütze, blauer Hose und blauer Weste mit Brusttasche versehen. Personen, die irgendwelche Angaben machen können, die zur Auffindung des Knaben dienlich sind, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei, oder auf der nächsten Polizeiwache zu melden.

pb. Diebesbeute. Bei dem in der Nacht vom 21./22. dieses Monats festgenommenen, des Einbruchdiebstahls dringend verdächtigen Manne wurden, außer Einbrecherwerkzeugen, noch folgende Gegenstände, die aus Diebstählen herrührenden dürften, gefunden: 1 Pfandschein über eine bei C. u. T. Braun in Hamburg, Pumpen Nr. 1, für 40 Mk. verpfändete goldene Savonette-Anker-Remontoiruhr Nr. 153 315, — 585 —, 1 Pfandschein über einen am 30. Juli 1911 in demselben Pfandhaus verpfändeten goldenen Trauring mit der Gravierung: „D. Maner, 5. 12. 09 — 585 —, 1 fast neue hellbraune lederne Brieftasche mit acht 3-Pfg.-Marken und einer 5-Pfg.-Marke, 1 braune lederne Zigarrentasche mit Wappen: Löwe und Einhorn und der Inschrift: „Dieu et mon Droit“, 1 braunes Lederportemonnaie aus imitiertem Krotobildleder, 1 neuer grauer Gummimantel mit der Bezeichnung „Garantiert Para-Gummierung“, Fabrikmarke: Duseisen, darin ein Globus.

pb. Ermittelt wurde, daß der Einbruchdiebstahl im Hause Molltestraße 25 durch eine Reinmachefrau ausgeführt worden ist. Die Diebin hatte sämtliche gestohlenen Kleidungsstücke bei einem hiesigen Erdbler verkauft. Sie konnten deshalb der Bestohlenen zurückgegeben werden.

pb. Gestohlene Uhr. Einem hiesigen Arbeiter wurde beim Umzuge eine silberne Damen-Remontoiruhr mit langer Dubletseite gestohlen.

Internationaler Ringkampf im Hansa-Theater. Dienstagabend siegte Michailoff (Rußland) über Hansen (Dänemark) in der Gesamtzeit von 58 Minuten. Mourzouf (Ma-

rotto) brauchte nur 28 Sekunden, um Winger durch einen Hüftschwung zu besiegen. Geberg (Dänemark) und Müller (Wagern) kämpften 80 Minuten lang unentschieden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Anmeldungen für Post-Abonnements werden von morgen Donnerstag, dem 24. August, bis inklusive Dienstag, dem 29. August, an Werktagen von 10-11 und 4-6 Uhr, an Sonntagen von 11-1 in der Theaterkanzlei (Eingang Fischergrube, Tür 1) entgegengenommen. — Aber die Plätze derjenigen vorjährigen Abonnenten, welche ihr Abonnement bisher nicht erneuert haben, wird von heute ab anderweitig verfügt.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Morgen geht zum Besitz des Kapellmeisters Sengel-Stöger: „Die Puppe“, von Audran in Szene. Die entzückende Operette ist hier viele Jahre nicht gegeben, wird aber noch nichts von ihrer Anziehungskraft eingebüßt haben und auch morgen dem beliebten Mitgliede ein volles Haus bringen. Für Freitag steht zum letzten Male Meyerleins „Zapfenstreich“ bei ermäßigten Preisen auf dem Spielplan.

Travemünde. Feuer kam in der Nacht zum Montag in einem Pensionat der Vorderreihe zum Ausbruch, wodurch das ganze Gebäude eingestürzt wurde. Das Pensionat war vollbesetzt von Kurgästen. Alle sind nur notdürftig bekleidet aus dem Haus geflüchtet und haben sämtliche sonstige Sachen verloren. Eine Schiffsdampfspritze und die beiden Travemünder Wehren vermaßen das Feuer auf den Herd zu beschränken.

Hamburg. Von der Militärjustiz. „Ich schlage gleich mit dem Säbel drein, verfluchte Schweinebande!“ Diese Worte richtete der Leutnant Egler vom Regiment „Hamburg“ an seine Leute, weil er ungehalten war darüber, daß bei einer Nachübung Schwierigkeiten bei der Orientierung entstanden waren. Der Mustetter Burmeister richtete an seinen Nebenmann die besorgte Frage: „Sind Sie auch in der Lebensversicherung?“ Als Angeklagter erschien vor dem Kriegsgericht der 17. Division (Hamburg) nicht der Leutnant, sondern der Musiketier B., angeklagt wegen Beleidigung und Achtungsverletzung. Die Beleidigung ließ der Ankläger fallen, wegen der angeblichen Achtungsverletzung beantragte er sieben Tage strengen Arrest. Strafmildernd kämen die Drohungen und Schimpfworte des Offiziers in Betracht, weshalb dem Angeklagten der § 98 des Militärstrafgesetzbuches zur Seite stehe. Das Gericht verurteilte dem Angeklagten diesen Schutz, weil er die Drohungen und Schimpfworte des Leutnants nicht als solche empfunden habe. Das Urteil lautete auf vierzehn Tage strengen Arrest. Dem beleidigten Offizier wird, falls gegen ihn vorgegangen werden sollte, die Sache bedeutend billiger zu stehen kommen. Höchstensfalls erhält er einen oder zwei Tage Stubenarrest. Das ist Militärgerichtspraxis.

Hamburg. Um 55000 Mark betrogen wurde eine hiesige Großfirma von ihrem Kommiss, dem 36 Jahre alten Buchhalter Meier. M. ließ sich ohne Wissen seiner Firma bei einer hiesigen kleineren Bank ein Konto auf den Namen der Firma einrichten. Sobald er seinem Chef Fatururen zur Unterschrift vorgelegt hatte, durchstrich er den Kopfsatz der Fatururen, auf dem der Name derjenigen Bank verzeichnet war, wo die Firma ihr Konto innehatte und setzte dafür den Stempel mit dem Namen der Bank hin, wo er sich insgeheim ein zweites Konto eingerichtet hatte. So kam es, daß die Kunden der Firma stets ihre Zahlungen an die Bank einzahlten, wo M. das Geheimkonto hatte. Auf diese Weise floßen M. innerhalb eines Jahres zirka 55000 Mark zu, die er für sich verwandte. Dadurch, daß M., der verheiratet ist, plötzlich krank wurde und das Marienkrankenhaus aufsuchen mußte, kamen die Betrügereien des unredlichen Mannes an den Tag. Seine Frau erfuhr von den Schritten, die gegen ihn unternommen werden sollten, fuhr von M-Rahlstedt, wo sie sich zur Erholung aufhielt, nach hier, und kam am Donnerstag, 17. August, mit einem gemieteten Auto vor das Marienkrankenhaus gefahren, wo sie um die Erlaubnis bat, ihren Mann außer der Zeit besuchen zu dürfen, was ihr auch gestattet wurde. Frau M. enthüllte ihrem Mann dann ihre Beobachtungen und riet zur Flucht. Meier ersuchte die Krankenhausleitung um eine Stunde Ausgang und fuhr, als ihm die Genehmigung dazu erteilt worden war, mit seiner Frau im Automobil davon. Seit der Zeit fehlt jede Spur von ihm. Da sein Leiden noch nicht geheilt ist, nimmt man an, daß er zur Beendigung des Heilungsprozesses auswärts eine Heilanstalt oder ein Sanatorium aufsuchen wird. Am Sonntag nachmittag wurden eine Frau und ein Mann, die es ermöglichten, daß M. die bei der Bank eingekauften Gelder an sich bringen konnte, verhaftet, aber nach längerem Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt, da sie erwiesen hat, daß sie an den Betrügereien gänzlich unschuldig sind. M. hat der Frau vorgeschwändelt, daß er alle Geschäfte, die seine Firma nicht auf eigene Rechnung mache, für seine Rechnung erlebe und deshalb bei der anderen Bank ein zweites Konto bei derselben Bank errichten und alle Gelder, die für die Firma dort eingingen, durch Überweisungszettel auf das Konto der Frau schreiben, von der er dann mit Hilfe des Mannes das Geld erhielt. Anscheinend ist das Ehepaar ins Ausland entflohen.

Altona. Die Stiefmütter. Gerabezu barbarisch war ein Kind mißhandelt worden, dessen Stiefmutter und Stiefgroßmutter gestern auf der Anklagebank saßen. Vom Schöffengericht Nienburg waren die Frau Wiebke Germer und ihre Mutter Wiebke Wollstedt aus Ubersdorf wegen Mißhandlung der acht Jahre alten Johanna Germer zu vier Monaten resp. vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Sie hatten dagegen Berufung eingelegt. Das Stiefkind hatte angeblich häßliche Reizungen, habe viel gelogen und auch einmal ein paar Pfennige gestohlen. Dafür ist dann das Kind furchtbar geschlagen worden. Um die erwähnten schlechten Reizungen, von denen der Arzt nichts feststellen konnte, zu vertreiben, war das Kind auf dem Boden in einen Kinderwagen gelegt worden ohne genügenden Schutz gegen die Kälte. Es wurde in dem Wagen mit einem dicken Strick festgebunden und außerdem an den Händen mit einem dünnen Bindfaden gefesselt. Mit den gefesselten Händen stand eine Glocke in Verbindung, die schellte, wenn sich das Kind regte. Der Wagen war 70-80 Zentimeter lang, während das Kind 120 Zentimeter groß ist. Schließlich fielen dem Lehrer des Kindes Verlegungen an den Handgelenken auf und er veranlaßte eine ärztliche Untersuchung. Diese ergab, daß Rücken und Gesicht mit Schwielen überzogen waren, zum Teil waren Haut und Fleisch tief durchgeschlagen. Auf dem linken Arm fanden sich etwa 8, auf dem rechten etwa 10 Striemen. An den Handgelenken waren tiefe Einschnürungen, die das Muskelfleisch durchschnitten hatten, so daß die Sehnen bloß lagen. Die Wundränder waren geschwellt, in die Wunden konnte man bequem den kleinen Finger legen, sie eiterten. Der Strick muß vielmals durch die offenen Wunden hindurchgezogen worden sein. Am Strick fanden sich auch Blutspuren. Die beiden Frauen gaben zu, daß sie von dieser Behandlung des Kindes gewußt hätten. Sie hielten diese auch für ganz in der Ordnung, behaupteten aber, die Fesselung usw. hätten andere getan. Früher aber haben sie immer so gesprochen, daß man nur annehmen mußte, daß sie nicht nur einverstanden mit der viehischen Mißhandlung des Kindes waren, sondern auch beteiligt. Ihre Berufung wurde deshalb verworfen.

Kiel. Schweres Unglück verursachte gestern in den Nachmittagsstunden im Hause Hansenstr. 7 eine Granate. Der erst kürzlich von China zurückgekehrte Maschinenmaat Lucht war in seiner Wohnung damit beschäftigt, eine in China erstandene Granate zu einem Abschlepper umzuformen. Lucht hatte keine Ahnung, daß das Geschöß geladen war. Unter starkem Knall krepierte die Granate und richtete eine unheilvolle Verwüstung an. Als Hausbewohner herbeieilten, fanden sie Lucht am Boden in einer großen Blutlache. Der linke Unterarm war ihm vom Leibe gerissen. Nachdem ein eilrig herbeigerufener Arzt den ersten Verband angelegt hatte, wurde Lucht mit dem Sanitätswagen nach dem Witer Lazarett gefahren. — Eine dunkle Geschichte. In Nord des großen Kreuzers „v. d. Lamm“ fand am Montag eine Gerichtsverhandlung des Kriegsgerichts der Aufklärungsschiffe statt, die den Zweck hatte, Aufklärung zu schaffen über den Tod eines Heizers des betreffenden Schiffes. Mitte März dieses Jahres lag der große Kreuzer „v. d. Lamm“ im Hafen von Rio de Janeiro (Südamerika). In der Nacht zum 16. März starb nun der Heizerretent Blich, der einzige Sohn eines Eisenbahnwertmeisters in Saarbrücken. Unklar wurde bekannt gegeben, der erst 2 1/2 Monate dienende Blich sei an Herzlähmung gestorben, und der Verstorbene wurde dann in Rio de Janeiro beerdigt. Nachträglich tauchten allerlei Gerüchte auf, daß Blich keines natürlichen Todes gestorben sei; dem Vater des Verstorbenen wurden auch ähnliche Mitteilungen von dritter Seite gemacht. So hieß es z. B., Blich, der den Eindruck eines kräftigen Menschen machte, habe sich öfter krank gemeldet, weil ihm der Heizerdienst zu schwer wurde, nach der ärztlichen Untersuchung sei er aber immer wieder zum Dienst geschickt worden. Von Kameraden sollte Blich nun verbart mißhandelt worden sein, daß er an den Folgen der Mißhandlungen verstorben ist. Inwiefern diese Gerüchte zutreffen, oder aus der Luft gegriffen waren, darüber herrschte völliges Dunkel. Der Vater des Verstorbenen ging nun der Sache auf den Grund, es wurden Untersuchungen eingeleitet und diese verdichteten sich schließlich zu einer Anklage gegen die Heizer Franzsen, Sievers und Lange, den Maschinenmaaten Krüger und den Maschinisten Seemann. Wie die Anklage lautete, blieb ein Geheimnis, denn sofort nach Er-

öffnung der Sitzung wurde aus militärdienstlichen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen und die anwesenden Pressevertreter mußten den zu einem Gerichtssaal hergestellten Raum verlassen. Nach annähernd siebenstündiger Verhandlung wurde das Urteil verkündet: Die angeklagten drei Heizer, Franzsen, Sievers und Lange wurden wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Maschinenmaat Krüger erhielt wegen schuldhafter Verabstimmung der Beaufsichtigung Untergebener 14 Tage Mittelarrest und der Maschinist Seemann wurde freigesprochen. In der Urteilsbegründung, die öffentlich gegeben wurde, heißt es: Es sei festgestellt, daß die drei Heizer sich der Körperverletzung schuldig gemacht haben. Es sei jedoch nicht festgestellt, daß diese Körperverletzungen (Ohrenschmerzen, Stöße und Püffe) mit dem Tod des Blich im Zusammenhang stehen. Daß die Angeklagten Krüger und Seemann sich der Beihilfe schuldig gemacht haben, sei ebenfalls nicht festgestellt. Es sei auch nicht erwiesen, daß der Maschinist sich des Ungehorsams schuldig gemacht hat, es sei die Möglichkeit vorhanden, daß ihm der Befehl des Obergenerals, die Heizer, wenn sie schlapp werden, aus dem Heizerraum zu schaffen, nicht klar zum Bewußtsein gekommen ist. Die Ohrschmerzen, Püffe und Stöße seien keine erheblichen Überschreitungen, deshalb seien mildernde Umstände angebracht. — Auf welche Weise Blich nun zu Tode gekommen ist, weiß man noch immer nicht. Auf alle Fälle wäre es doch notwendig gewesen, die Gutachten des ärztlichen Sachverständigen über die Untersuchungen des Blich und den Leichenbefund der Öffentlichkeit zu übergeben. Statt dessen verhandelt das Gericht hinter verschlossenen Türen. Hier hätte das Gericht alle Urteile gehabt, in voller Öffentlichkeit zu verhandeln, um so mehr, als im vorigen Jahre der Fall mit dem Heizer Brandt passiert war, der vom Maschinenmaaten Broschke zu Tode gequält wurde. Unter solchen Umständen darf man sich nicht wundern, wenn sich solche Fälle wiederholen.

Apocryph. Großfeuer. Montag nachmittag wurden die beiden großen Höfe von Jörgensen und Fr. Petersen ein Raub der Flammen. Auf beiden Höfen ist die gesamte Ernte verbrannt, auf dem ersteren außerdem noch das gesamte Mobilar, Inventar und 40 Schweine.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Steuerschau-Viehmarkt vom 22. Aug.
 Auftrieb 2165 Schweine. Markt rege geräumt. — Überstand — Stück.
 Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 60.— bis 61,00 (48.— bis 49.— Mt.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 60.— bis 61.— (48.— bis 49.—) Mt. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 61.— bis 62.— (47,50 bis 48,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 61.— bis 62,00 (47,50 bis 48,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 65,00 bis 60,00 (42.— bis 45,50) Mt. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 50.— bis 53,00 (40.— bis 42,20) Mt. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 45.— bis 50.— (35,00 bis 39,00) Mt.

Literarisches.

Eingegangene Schriften und Bücher.
 „Sozialistische Monatshefte“, Heft 17.
 Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling; Verleger: F. H. Schmarb. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

Komitee- und Kommissionssitzungen

Gewerkschaftsfest.
 Komiteesitzung
 am Donnerstag, 24. August, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Abrechnung.

Dienstag, den 22. d. Mts., entschlief unser Sohn **Willy** im Alter von 4 Monaten. Tiefbetrübt von den Seinen.
Ed. Schedeit nebst Frau, Ella, geb. Lehmann.
 Beerdigung Freitag, den 25. d., 10 Uhr, Vorwerker Friedhof.

Zu sofort oder später **Kottwitzstraße** mehrere Drei- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Näheres **Kottwitzstraße 58, pt., r.**

Fortzugshalber zum 1. Oktober eine abgeglichene **Zwei-Zimmer-Wohnung** zu vermieten **Waisenhofstraße 13a, II.**

Zu vermieten zum 1. Oktober **1. Stage, 3 Zimmer** und Zubehör, Preis 260 Mt. **Johannisstraße 56.**

Junger Mann im 19. Lebensjahr sucht Stellung als Haus- oder Hotelbedienter. Gute Zeugnisse vorhanden. **U. u. W. G. 71 a. d. Exp.**

Brotfrau
 zu sofort gesucht. Zu erstagen bei **Trost, Bülowstrasse 11.**
Sofort 1 Arbeiter gesucht **U. u. W. G. 71 a. d. Exp.**

Durch Zufall:
2 gute Betten
 zu verkaufen. **Galenbeck, Wafenigsmauer 122, III.**
 Billig zu verkaufen ein junger Hund **Brocksstraße (Mädchenhute).**
Junge Kanarienhähne billig zu verkaufen **Fischergrube 90, II.**

Haarflechten
 fertigt an, auch von ausgefärbten Haaren **G. Koch, Friseur, Mühlenstr. 5.**
 Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Schröder ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. **Frau Scheel.**

Käse! Käse!
 Alle Sorten sehr billig. Kleinverkauf vom Engros-Lager. **Fischergrube 48.**

Visitkarten
 — ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an werden hergestellt in der **Buchdruckerei d. Lüb. Volksbote, Johannisstraße 46.**

Schwartzau-Bienefeld
Frauen-Versammlung
 am Freitag, den 25. August abends 8 1/2 Uhr im **Saßhof Trausbaal.**
 Tages-Ordnung: Rechte und Pflichten der Frauen in den Krankenkassen. Referent: **Genoffe Lorenz, Lübeck.**
Der Vorstand.

Billige Butter-
Brotaufstrich
 Margarine zu verwenden.
 Genau wie bei Molkereibutter, die in verschiedenen Qualitäten und Preislagen angeboten wird, so verhält es sich auch mit Margarine. Es muß daher jede Hausfrau bedacht sein; nur das Beste darin zu kaufen. Um nun meine, vielen Hausfrauen schon bekannte:
Tafel-Margarine Muldenperle
 noch weiter einzuführen, verabfolge ich vom
Donnerstag, d. 24., Freitag, d. 25., bis Sonnabend, d. 26. August:
1 Pfd. Muldenperle-Tafel-Margarine } Zusammen für
und 1/2 Pfd. Block-Schokolade } **90 Pfg.**
1 Pfd. Milka und } Zusammen für
1/2 Pfd. Block-Schokolade } **80 Pfg.**
 Muldenperle ist ein erstklassiges Produkt, und ihre Erzeugerin erhielt auf verschiedenen Fachausstellungen hohe Auszeichnungen.

Butter-Scharnberg.
 Lübeck, Markt 5. Kohlmarkt 8.

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

HANSA THEATER
 Mittwoch, den 22. August, Konzertanfang 8 Uhr. Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr. (11. Tag) Es ringen:
Mourzouk gegen Michailoff (Marokko) (Rußland)
Müller gegen Collon (Europasfr.) (Luxemburg)
 Entscheidungskampf:
Buckheim gegen Hansen (Sachsen) (Dänemark)
 Kampfrichter: Herr Jankowsky, Sportschriftsteller der „B. Z. am Mittag“.
 Vorher:
Gr. Spez.-Vorstellung.
 Vorverkauf bei Sager.

Neues Stadttheater.
Anmeldungen für Voll-Abonnement
 werden von Donnerstag, den 24. August, bis einschl. Dienstag, den 29. August, an Werktagen von 10—1 Uhr und 4—6 Uhr, an Sonntagen von 11—1 Uhr in der Theaterkanzlei (Eingang Fischergrube, Tür 1) entgegen genommen.

Stadthallentheater.
 Donnerstag 8 Uhr. Außer Abom Benefiz für Kapellmeister Seydel-Stöger.
 Unter gefl. Mitw. d. hies. Opernchors **Gastspiel Fritz Redwig.**
Die Puppe.
 Operette in 3 Akten von Audran. Freitag 8 Uhr. 69. Abom.-Vorst. 75 Pfg. und 50 Pfg. Adam Benkertlein:
Der Zapfenstreich.
 Sonnabend: Die St. v. Corneville.

AUF ALLE FÄLLE
 eruche ich Sie, bei Anschaffung einer erstklassigen Nähmaschine eines **Fahrrades** von der Firma **Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23,** Fernspr. 1685, Offerten einzuholen. Deutsche Trittnähmasch., Spät. Singer v. 55 Mt. an, Fahrräder v. 70 Mt. an. Alle Ersatz- und Zubehörteile zu den billigsten Preisen.

Nur noch bis 31. August
 gelten die billigen Sommerpreise für alle Sorten **Brennmaterialien.**
 Nur erstkl. Qualitäten. Streng reelle Lieferung.
Christian Gäde
 Kontor: Fischergrube 4. Fernsprecher 242.
 NB. Sonntag, den 27. d. M., ist mein Lager von 7 bis 9 Uhr geöffnet.

Bungeicher Speise-Essig ist anerkannt der beste.
 Nur echt mit dem Etikett der Firma. Alleinige Fabrikanten:
H. L. Wiegels, vorm. I. C. Bunge, G. m. b. H.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Jena 1911.

Frauenbewegung.

In dem kurzen Sonderabschnitt, den der Vorstandsbericht über die Frauenbewegung an den Parteitag liefert, ist es natürlich nicht möglich, ein umfassendes und gründliches Bild von dem geistigen Leben und der praktischen Wirksamkeit der weiblichen Mitglieder der Partei zu geben. Sollte das geschehen, müßte sehr vieles, was in dem allgemeinen Vorstandsbericht gesagt ist, in modifizierter Form wiederholt werden. Denn in allen Aktionen der Gesamtpartei steckt natürlich auch immer mehr oder minder ein Stück Arbeit ihrer weiblichen Mitglieder. Die gleiche grundsätzliche Auffassung, das gemeinsame Kampfesziel und die einheitliche Organisation für Männer und Frauen der Arbeiterklasse, die in der Sozialdemokratie ihre politische Vertretung sehen, bedingen das. Und unter lebhafter Wunsch ist es, daß diese Arbeitsgemeinschaft zu einer immer größeren und innigeren werde, zum Nutzen der Frauen und der Gesamtbewegung.

Was wir in der Rubrik „Frauenbewegung“ berichten, sind die Mittel und Wege, die ausfindig gemacht und angewendet wurden, um die Ideen des Sozialismus den proletarischen Frauenmassen nahezubringen. Ihrem Verständnis angepaßt, ihnen die wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen in sozialistischer Beleuchtung zu zeigen; sie für die politische Organisation zu gewinnen und sie zur bewußten Mitarbeit zu bilden und zu erziehen. Kurzum, was wir berichten, sind die Maßnahmen, die bezwecken, die sozialistische Frauenbewegung in immer höherem Maße zu einem integrierenden Teil der Allgemeinbewegung zu machen.

Im verfloffenen Geschäftsjahr war es zunächst die drückende Lebensmittelsteuervermehrung, insbesondere die enorm hohen Fleischpreise, die den Vorstand veranlaßten, eine allgemeine Agitation unter den Frauen anzuregen, die sich zu einer Protestaktion gegen die Zoll- und Liebesgabenpolitik gestaltete. Ein leichtverständliches Flugblatt, mit dessen Herausgabe der Vorstand gleichzeitig einem Parteitagbeschlusse nachkam, leitete die Agitation wirksam ein.

Angeregt ward ferner, beim Kampf gegen die Reichsversicherungsordnung zur besonderen Agitation unter den Frauen die Frage des Mutter- und Säuglings-schutzes und die der Witwen- und Waisenversicherung zu behandeln. Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität, mit der die bürgerlichen Parteien die Interessen der proletarischen Mütter und Kinder bei der parlamentarischen Behandlung dieser Fragen mit Füßen traten, hat eine ungeheure Erbitterung in der proletarischen Frauenwelt erzeugt.

Den Wünschen der internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen folgend, arrangierte die Partei am 19. März den ersten sozialdemokratischen Frauentag: eine wichtige sozialdemokratische Kundgebung für das Frauenwahlrecht, die eine wirksame Förderung durch die Generalkommission erhielt.

Da auch Österreich, Dänemark und die Schweiz am gleichen Tage eine Kundgebung veranstalteten, ward sie zum Ausdruck internationaler Solidarität und wirkte um so aufeinander und begeisterten auf alle Teilnehmer. Durch eine Reihe von Kreisen, die vom Frauenbureau monatelang vorher an die Parteipresse und vom Arbeiterinnensekretariat an die Gewerkschaftspresse gesandt wurden, durch die Veröffentlichungen der „Gleichheit“ und durch ein anfeuerndes Flugblatt, das allgemein zur Verbreitung kam, ward der Frauentag sorgfältig vorbereitet. Der durchweg glänzende Verlauf der Veranstaltungen in allen Teilen des Reiches lohnte voll und ganz die aufgewandte Mühe. Die sozialdemokratische Propagandaform: „Volles Bürgerrecht der Frau“, die zwar bei allen Wahl- und Wahlrechtskämpfen, im Par-

lament und unter den Massen des Volks propagiert wurde, war mit dieser Kundgebung in den Mittelpunkt der Agitation gerückt und die proletarischen Frauenmassen traten als bewußte Träger dieser Forderung in den Vordergrund. Der Frauentag legte Zeugnis ab von der hohen politischen Reife weiterer Kreise proletarischer Frauen und er ward zu einem wirksamen Mittel zur politischen Erweckung und Schulung indifferenter Frauenmassen.

Die sozialdemokratische Partei, die durch die Veranstaltung des Frauentages erneut bewies, wie ernst es ihr ist mit dem Kampf um Frauenrechte, hat durch diese Demonstration nicht unwesentlich an Stärke und Werbekraft zugenommen. Die Zahl der neuen Mitglieder, die der Tag brachte, war nicht klein, und das Vertrauen proletarischer Frauenkreise, das erworben, gestärkt und neu belebt ward, ist noch mehr wert.

Die von der Redaktion der „Gleichheit“ herausgegebene Wahlrechtszeitung, die zahlreiche Beiträge von bekannten Genossen und Genossinnen des In- und Auslandes enthielt, wird weiter zur Erkenntnis der Wichtigkeit und Bedeutung des Frauenwahlrechts beitragen.

In einer einheitlichen Resolution, die allerorts zur Annahme gelangte, ward der Rechtsanspruch der Frau auf volles Bürgerrecht nachgewiesen und die Notwendigkeit seines Besizes für den politischen Kampf, für die Eroberung der politischen Macht und die Sozialisierung der Gesellschaft dargelegt. Gleichzeitig wurden Frauen und Männer zum energischen Kampf für das Frauenwahlrecht aufgerufen.

Bei dem Verfassungskampf in Elsaß-Lothringen und dem Wahlrechtskampf in Preußen ist in den Parlamenten und bei der Agitation grundrational und mit allem Nachdruck auch um das Frauenwahlrecht gestritten worden.

Der Kinderschutz, die Beteiligung der Frauen am politischen Kampf, die geplante Milchverteuerung an verschiedenen Orten und anderes mehr waren Fragen, die zum Anlaß der politischen Agitation unter den Frauen benutz wurden. Auch sonst haben sich die Frauen an allen Aktionen in steigendem Maße beteiligt.

Im ganzen hat das Frauenbureau für 46 Agitationstouren und für eine große Zahl Einzelversammlungen Referentinnen vermittelt. Zum Frauentag war es unmöglich, alle Wünsche nach Referentinnen zu erfüllen. Es mußte auf die Kräfte am Orte verwiesen werden. Durchweg war der Erfolg der Agitation, auch in organisatorischer Beziehung, ein guter.

Eine vom Parteivorstand angeregte Hausagitation unter den Frauen hatte sehr gute Erfolge. Leider haben eine ganze Anzahl von Orten der Anregung nicht Folge gegeben. Dabei ist die Hausagitation und die Einberufung und Abhaltung kleiner Bezirksversammlungen zur Gewinnung neuer Mitglieder ein gutes Arbeitsgebiet auch für solche Genossinnen, die sich sonst für die öffentliche Agitation noch nicht sicher fühlen.

Der Erfolg der Agitation zeigt sich in der Zahl der weiblichen Mitglieder. Ihre Zahl stieg von 82642 im Jahre 1910 auf 107 698 im Jahre 1911, also eine Zunahme von 25 051.

Der schriftlichen Agitation unter den Frauen widmen sich unsere Parteizeitungen erfreulicherweise in zunehmendem Maße. Eine ganze Anzahl unserer Genossinnen liefern, zum Teil auf unsere Anregung, den Zeitungen kleine Beiträge, und auch das Frauenbureau hat bei allen wichtigen Anlässen Artikel und Notizen geliefert und auch einen Teil der Kalender mit Beiträgen versehen. Flugblätter sind bei verschiedenen Anlässen verbreitet. Das Flugblatt zur Agitation gegen den Fleisch- und sonstigen Lebensmittelpreuwucher ist in 612 000 Exemplaren bezogen und in vielen Bezirken nachgedruckt. Ein Flugblatt, welches der Propaganda für den Mutter- und Säuglingschutz diente, ist in 408 000 Exemplaren zur Ver-

breitung gelangt, und ein anderes, welches zur Agitation für die Witwen- und Waisenversicherung diente, in 432 000 Exemplaren. Das Frauenwahlrechts-Flugblatt ist in sehr vielen Bezirken nachgedruckt und von der Zentrale in 246 000 Exemplaren geliefert worden. Die Wahlrechtszeitung erzielte eine Auflage von 108 000 Stück. Außerdem ist in mehreren Bezirken auch in diesem Jahre noch wieder das Flugblatt: „An die Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“ gedruckt und zur Agitation verwendet.

Für die Genossinnen wurde vom Parteivorstand eine Broschüre: „Die Frauen und der politische Kampf“ herausgegeben. Die Agitationsbroschüren: „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, die der Agitation unter den Indifferenten dienen soll, und: „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“ haben eine gute Verbreitung gefunden. Die Redaktion der „Gleichheit“ hat die Berichte an die internationale Frauenkonferenz in Broschürenform herausgegeben, die viel zur Agitation verwendet werden.

Die Diskussions- und Lesende bei bürgerlich erfreulicherweise immer mehr ein und erfreuen sich einer steigenden Sympathie. In den meisten Orten leisten sie auch recht Beachtenswertes zur theoretischen und praktischen Schulung der Genossinnen. Die kleinen Kataloge empfehlenswerter Schriften, die das Bureau zusammengestellt und empfohlen hat, sind sehr oft gefordert worden.

Ein Leitfaden für die Ausgestaltung der Lesende ist kürzlich hergestellt. In 105 Orten sind Lesende eingerichtet.

Unter der Leitung des Frauenbureaus ist für die weiblichen Funktionäre Berlins ein Kursus eingerichtet, der bezweckt, ihr theoretisches Wissen zu bereichern und zu vertiefen, ihnen Anleitung zu geben zum Aufbau eines Vortrages und sie zu lehren, wie die nötige Literatur zum Studium einer bestimmten Frage am leichtesten aufzufinden ist. Die beiden absolvierten Kurse und ein dritter in Rixdorf haben sehr gute Erfolge gezeitigt, was nur möglich war, weil die teilnehmenden Genossinnen bereits jahrelang an den Lesenden sich beteiligt, sich ein gutes positives Wissen angeeignet und sozialistisch denken gelernt hatten.

Die Referentinnen nahmen in steigendem Maße das Frauenbureau in Anspruch, wenn sie Material über bestimmte Fragen wünschen. In allen Fällen konnte bisher den an uns gerichteten Wünschen entsprochen werden.

Die Mitarbeit der Genossinnen ist durchweg gut. In 570 Orten sind Frauen als Vorstandsmitglieder tätig. Leider gibt es noch eine ganze Anzahl Orte, die bis heute noch nicht den § 4 des Organisationsstatuts (Wahl eines weiblichen Vorstandsmitgliedes) durchgeführt haben. Die Genossinnen sollten mehr auf die Durchführung dieser Statutenbestimmung dringen. Auch sind in einer Anzahl von Bezirksleitungen noch keine weiblichen Mitglieder. Es ist dringend notwendig, das nachzuholen. Für die Agitation unter den Frauen können und sollen sie wichtige Anregungen geben und ihre Erfahrung nutzbar machen. Als gut und wirksam hat es sich erwiesen, die Genossinnen möglichst zu allen Arbeiten in der Organisation und für sie heranzuholen. Es sollte das überall geschehen. Besonders empfehlenswert für die Gewinnung neuer Mitglieder und neuer Abonnenten ist es, wenn in jeder Propagandaversammlung eine Gruppe von Genossinnen die Aufnahme neuer Mitglieder organisiert, daß möglichst für jeden Tisch eine Genossin zur Stelle ist, die ausgerüstet mit Bleistift und Aufnahmehelmen, die Aufnahmen sofort vollziehen kann. Frauen lassen sich am liebsten und am leichtesten von Frauen aufnehmen, und der erzielte Erfolg spornet die Genossinnen zu neuer Tätigkeit an und erhöht zugleich ihre Freude an der gemeinsamen Arbeit.

Die Kinderschutzkommissionen entfalten in immer höherem Maße eine sehr regenreiche Tätigkeit. In 185 Orten haben wir gegenwärtig solche Kommissionen. In manchen Orten werden von unserer Kommission weit mehr

Kraft.

Roman von Fritz Mauthner.

(26. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Wölfi war herabgeklettert und brachte dem Onkel van Zenius ein Straußchen von Edelweiß. Mama hätte es sehr schön gefunden und passend. Wölfi bringe allen etwas mit. Die andern Namen könne er nur nicht so gut behalten. Aber van Zenius, über den habe er mit Mama oft gesprochen. Auch wenn Mama nicht angefangen habe.

Der kleine Junker war tüchtig gewachsen und sah in seiner schwarzen Kleidung allerliebste aus.

Van Zenius ließ ihn plaudern und beantwortete freundlich eine ganze Reihe von Fragen. Wölfi sollte nicht mehr in seine Dreschner Pension zurückkehren, aber er lebte noch im Geiste mit seinen Freunden, und ließ sich jetzt ganz beschäftigen über Dinge belehren, mit denen er besonders Wilhelm Ködiger zu dicken hoffte. Van Zenius erklärte ihm nach Unlichkeit die Arbeit der Lokomotive, und was es mit den Landesgrenzen auf sich hätte. Die Stellen, wo der Kaiser von Deutschland auf einmal nichts zu sagen hatte, und wo gar ein Land ganz ohne Kaiser und König anfing, hatte des Knaben Neugier besonders geweckt.

Dabei hielt van Zenius den Arm Mariannens ganz fest an den seinen gepreßt, und nahm so stillschweigend immer entscheidender von ihr Besitz.

Wölfi war ins Kupee zurückgesprungen, um dem großen Freunde einen echten tiroler Apfel aus Tirol zu zeigen. Da sagte van Zenius:

„Wie vertraulich Wölfi zu mir ist. Ich will ihn auch herzlich lieb haben.“

Schnell fuhr es wie ein Schatten über Mariannens Büge. Dann war Wölfi wieder bei ihnen; ohne Apfel, er hatte ihn doch wohl aufgegessen. Und zwischen dem Jungen und van Zenius gab es eine frohe Neckerei.

„Gutleigen!“ riefen die Schaffner, und Marianne suchte mit den Augen ihren Wagen.

„Fährst du mit uns nach Berlin?“ rief Wölfi. „Das ist geschick. Mama, der Onkel Rechtsanwalt darf doch erster Klasse fahren?“

„Aber Wölfi!“

„Dummer Junge!“ rief van Zenius. „Aber schon unterbrach er sich und lachte ärgerlich laut auf. Er stieg mit der Freundin und ihrem Knaben in das Kupee erster Klasse und bekannte erst hier, daß er allerdings nur ein Retourbillet zweiter Klasse genommen habe.“

„Dann fahren wir auch zweiter, Mama,“ rief Wölfi. „Sie haben das in der Schule immer so gemacht. Wenn einer aus der Klasse nicht konnte, lieber alle einen unter.“

„Ich werde schon bei Euch bleiben.“

„Das wirst du nicht, Onkel Rechtsanwalt! Das darfst du nicht. Weißt du was, dann fahre ich allein Zweiter. Lieber will ich mich zu Tode langweilen.“

Der Schaffner kam und Wölfi beruhigte sich, als er hörte, wie sein Freund ein Zuschlagbillet bestellte. Dann ging die Fahrt los, und ein regelrechtes Erzählen konnte beginnen. Es blieb natürlich an Ungelegenheiten haften. Da hatten sie sich so und so lange aufgehakt und dort so lange. Da hatten sie gutes Wetter gehabt und dort schlechtes; da hatte Wölfi Gesellschaft gefunden und dort nicht. Von Mariannens Fühlen und Denken war nicht die Rede. Wölfi mischte sich immer wieder ins Gespräch und hatte kleine Abenteuer zu berichten. Eine Kahnfahrt auf dem Bodensee und ein Ritt über ein Gebirgsjoch schienen für ihn die beiden liebsten Punkte der Reise zu sein. Und in Thür hatte er einem Jungen eine Maulschelle gegeben. „Preuß“ hatte der ihm nachgerufen.

Nach neun Uhr fing Wölfi an, sich's zum Spaß bequem zu machen im Kupee. In der einen Ecke saßen Mama und der Onkel Rechtsanwalt einander gegenüber, in der andern Ecke, bald haben bald drüben streckte sich der Knabe aus, und bramarbasierte damit, wie viele Reisestrapsagen er schon aushalten könne. Auf einmal war er fest eingeschlafen.

Van Zenius erhob sich, deckte das Kind zu, zog den kleinen dunkelbraunen Vorhang vor die Flamme der Wagenabteilung und setzte sich dann wieder auf seinen Nagel. Er konnte sich's nicht versagen, die Hände der Beliebten zu ergreifen, und dann wars bald mit seiner Selbstbeherrschung vorbei. Er beugte sich vor, sah ihr lange tief in die Augen und flüsterte:

„So habe ich dich endlich, und so halte ich dich, Marianne, mein Weib.“

Als Marianne darauf schwermütig den Kopf sinken ließ, sprach er weiter, so leise, daß Wölfi es nicht hätte hören können, auch wenn er plötzlich aufgewacht wäre. Der Zug rasselte in regelmäßigem Takt zu laut dazwischen.

„Ich bitte dich, Marianne, versuche es mir zu liebe, und begrabe die Vergangenheit. Du wirst nicht mein liebes Weib, wenn du das Furchtbare leichter verwinden hättest. Und das war das reinste Glück, gestern an deiner Nachricht, daß du mir aus der Ferne zuriefst: die Vergangenheit ist tot. Wir wollen nicht häßlich sein. Wir wollen das Grab nicht vergessen. Aber ich will es sein, der an seine Pflege

erinnert, von Zeit zu Zeit, an Gedenktagen. Du sollst mich nie erinnern, auch nicht durch deine Tränen, mein geliebtes Herz.“

Marianne hatte ihm die Hände nicht entzogen. Sie sah still zurückgelehnt und weinte sich nur herzlich aus, so behaglich, als ob's zum letzten Male sein sollte. Dann suchte sie lächelnd nach ihrem Taschentuch und mußte sich ordentlich damit die Augen trocknen. Endlich sagte sie:

„Es ist nicht ganz so wie du glaubst, mein Herz. Ich habe die Monate über fast nichts gewollt und gedacht als unser Glück und unsere Zukunft. In derselben Stunde, da ich zu einem festen Entschluß gekommen war, bin ich auch hingereist zu dir. Bei dir ist meine Heimat jetzt und für immer, und hier hast du meine Hand und das ist ein Schwur. Aber mein Entschluß ist doch ein bißchen anders.“

„Was hast du, mein Herz? Du erschreckst mich!“

„Jetzt nicht. Auch heute abend noch nicht. Nicht in dem fremden Hotelzimmer. Nicht wenn wir allein sind. So habe ich es mir ausgedacht: Wir gehen zusammen irgendwo hin, wo wir sonst schon heimlich wanderten, weißt du in unserm grünen Saal.“

„Es ist immer noch die schönste Stelle im Tiergarten. Ich war erst vor kurzem da.“

„Und hast du an mich gedacht?“

„Nein, mein Herz“, flüsterte van Zenius lachend.

„Dort will ich dir meinen Entschluß mitteilen. Dort wirst du ihn verstehen, und dort werden wir einig werden über alles, was wir dürfen und was wir nicht dürfen.“

„Was wir nicht dürfen?“

„Frage mich nicht.“

„Marianne!“

„Du darfst nicht mein Mann werden!“

Marianne hatte sich vorgebeugt, als sie fast wider Willen diese Worte hervorstieß und hatte van Zenius mit beiden Händen krampfhaft an den Armen gefaßt. Er fuhr zurück, sie folgte seiner Bewegung und flüsterte leidenschaftlich:

„Mein geliebter, mein einziger Mann. Ich bin dein, ich habe mich dir zugeschworen früher und immer und zu dieser Stunde, und ich tu's noch einmal. So lange dein liebes Leben meine Liebe brauchen will und kann, bis in den Tod, ja mein Herz, will ich dein sein. Aber ich darf deine Frau nicht werden.“

Van Zenius machte sich von ihren Händen frei und starrte ihr entsetzt ins Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

Befehesübertretungen festgestellt, als von der Polizei und der Gewerbeinspektion zusammen. Erprobung wird ihre Tätigkeit nur in einem, im württembergischen Fabrikinspektionsbericht vom Jahre 1909, lobend erwähnt. Nachdem in den Orten, die bereits mehrere Jahre eine Kinderschutzkommission besitzen, die Mitglieder sich gut eingearbeitet haben, kann man ihrer Tätigkeit ein weiteres Ziel stecken. Im Bericht vom vorigen Jahre lesen wir bereits darauf hin, daß die Kinderschutzkommissionen Hand in Hand arbeiten müßten mit Lehrern und Lehrerinnen, mit den Armen- und Waisenkommissionen, besonders wenn es sich um Kindermisshandlungen und -verwahrlosungen handelt; daß sie mit den Gemeindevorstellern, den städtischen Kinderfürsorgeämtern und den weiblichen Polizeibeamtinnen in Verbindung treten müßten. Mehrfach ist das auch geschehen. In Zukunft wird es außerdem notwendig werden, das gewonnene Material propagandistisch zu verwenden, um die gesetzliche Entwicklung des Kinderschutzes vorwärts zu treiben und auch um an der Hand des Materials für eine Reihe notwendiger kommunaler Einrichtungen Propaganda zu machen.

Der Parteivorstand hat das Frauenbureau beauftragt, in einer Broschüre die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der Kinderschutzkommissionen zu besprechen und einen Ausblick für ihre weitere Tätigkeit zu geben. Die Arbeit liegt jetzt vor. Sie bespricht die Kindererwerbsarbeit und ihre schädlichen Folgen, die Arbeit als Erziehungsmittel, die Kinderschutzgesetzgebung in Deutschland und ihre bisherige Wirksamkeit, die Gründung der Kinderschutzkommissionen und ihre bisherige Tätigkeit und die weiteren Aufgaben der Kinderschutzkommissionen. Als Anhang ist das Kinderschutzgesetz, die kinderschützenden Bestimmungen der Gewerbeordnung und eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes beigegeben. Hoffentlich trägt die kleine Arbeit dazu bei, die weitere Tätigkeit der Kommissionen zu fördern und einem Teil der Arbeiterkinder eine freundlichere Kindheit schaffen zu helfen.

Die Errichtung und die Tätigkeit von Besatzungskommissionen hat das Frauenbureau auch im Berichtsjahre zu fördern gesucht. Desgleichen sind die tätigen Genossinnen überall bemüht gewesen, die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen zu unterstützen. Zahlreiche Frauenversammlungen haben in den verschiedenen Orten zum Kampf der Bäcker Stellung genommen und sich verpflichtet, sie nach besten Kräften zu unterstützen, indem sie nur Brot nehmen aus Bäckereien, die ihren Arbeitern die gestellten Forderungen bewilligten.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Ein Bildchen aus dem Reichsstaat. Unter dieser Überschrift veröffentlichte am 7. November 1910 die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, worin mit Bezug auf einen gegen unter Oberfeld der Parteipresse geführten Prozeß wegen Verleumdung von Polizeibeamten die Tatsache erwähnt wurde, daß der ehemalige Bürgermeister Pfeiffer mit in diesem Prozeß vernommenen Polizeibeamten vorher Rücksprache genommen hatte, sodaß die Aussagen der Polizeibeamten infolgedessen nach einer Schablone erfolgten und der Redakteur verurteilt wurde. Diese Aussagen standen aber in striktem Gegensatz zu denen der Zivilzeugen. Es seien also, so hieß es, zahlreiche Falschheide geleistet worden. Es wurde nun gegen den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Herr, Anklage wegen Verleumdung erhoben. In der Verhandlung vor dem Landgericht Leipzig wurde erörtert, daß Bürgermeister Pfeiffer später aus seinem Amt entlassen worden ist. Das Landgericht erkannte auf eine Geldstrafe von 150 Mk. Dem Bürgermeister sei der Vorwurf gemacht worden, er habe die Polizeibeamten zu objektiv falschen Aussagen verleitet.

Sozialdemokratischer Landestag in Sachsen. Bei der Eröffnung der Dienstag-Sitzung der Landestagskonferenz teilte Genosse Fräsdorf mit, daß die Fraktion beschlossen habe, eine Eingabe an die Regierung aus Anlaß der Lebensmittelteuerung einzubringen. Er wies darauf hin, daß die große Murre in der letzten Zeit eine weitere Teuerung der Lebensmittel herbeiführen würde. Es wäre eigentlich Pflicht der deutschen Regierung und des Bundesrats gewesen, Maßnahmen zu treffen, um dieser Lebensmittelteuerung zu begegnen. Die sächsische Regierung habe die Frachtermäßigung für Futtermittel beschlossen, aber das genüge bei weitem nicht, da diese Ermäßigung nur den Landwirten zugute komme, den Produzenten, nicht aber der konsumierenden Bevölkerung. Da seien weitere Maßnahmen notwendig, u. a. Öffnung der Grenzen, Herabsetzung der Zölle auf Nahrungsmittel, vor allen Dingen Beseitigung des großen Unfugs der Einfuhrscheine, durch die das Brotkorn aus dem Lande geschafft würde. In diesem Sinne sei die Eingabe an die Regierung gehalten, die am Dienstag eingereicht ist. Genosse Geyer-Leipzig erläuterte namens der Kommission zur Durchberatung des Organisationsstatut-Entwurfs Bericht und empfahl die Annahme desselben ohne wesentliche Änderung. Bezüglich der Überwachung der grundsätzlichen und tatsächlichen Haltung der Parteipresse durch die Bezirks-Vorstände weist er darauf hin, daß eine solche Einrichtung in den süddeutschen Staaten ebenfalls besteht, event. noch eingeführt werden soll. Die oberste Instanz bleibt nach wie vor Landesversammlung und Parteivorstand. Die Statistik könne sich nur an den Grundsätzen der Partei richten und sei deshalb nicht davon zu trennen. Betreffs die Delegation der Kreise zu den Landesversammlungen ist eine kleine Änderung des Entwurfs zugunsten der kleinsten Kreise erfolgt. Die Reichs- und Landtagsabgeordneten, deren Vertretung auf der Landesversammlung durch einen Leipziger Antrag eingeschränkt werden sollte, sind vollzählig zuzulassen, doch ruht ihr Stimmrecht, wenn es sich um parlamentarische Angelegenheiten handelt. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wird paragrafenweise abgestimmt und gegen wenige Stimmen sämtliche Paragraphen und damit der ganze Organisationsentwurf angenommen. Genosse Landtagsabgeordneter Lange referiert dann über die Gemeindefiskalreform, die wahrscheinlich die nächste Landtagsession beschäftigen wird. Die Landesversammlung erklärt sich ohne Debatte mit den von ihm entwickelten Grundsätzen einverstanden. Genosse Geyer spricht dann über die Reichstagswahlen. Er weist darauf hin, daß nach seiner Meinung die Wahlfrage keine günstige Wahlparole für die Regierung und die rechtsstehenden Parteien bilden werde. Es sei nur notwendig, die Wähler ausreichend über die Kriegsheereien zu informieren. In Sachsen könne naturgemäß der Kampf nur gegen alle bürgerlichen Parteien geführt werden. Eine Stichwahlparole sei in Sachsen nicht notwendig, da wir voraussichtlich an allen Stichwahlen selbst beteiligt sein werden. Sollten Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten vorkommen, so wird die Landesversammlung später darüber Beschlüsse fassen. In der Debatte weist ein Genosse besonders auf die ländlichen Kreise hin, auf die sich die Gegner wieder mit aller Macht werfen werden. Er fordert besonders eifrige Vorbereitung in den ländlichen Kreisen. Am besten sei es, wenn „Der Landarbeiter“ dort verteilt würde. Geyer stimmt ihm im Schlußwort zu und unterstreicht diese Forderung noch besonders. Als eig-

des Landesvorstandes wird dann Dresden bestimmt und die bisherigen Mitglieder Sindermann, Braune und Schulze wieder gewählt. Die nächste Landesversammlung findet in Dresden statt. Nach einem Schlußwort Fleißners wurde die Landesversammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Hausführung nach Heines „Wintermärchen“. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Neu-Weid wurde Montag nachmittag in den Räumen der Buchhandlung des „Volksblattes“ zu Bochum nach Heines „Wintermärchen“ polizeilich gehaust, jedoch ohne Erfolg.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Klagen der Steiger. In Kettwig bei Essen tagte am vergangenen Sonntag die fünfte Generalversammlung des deutschen Steigerverbandes. Auf den früheren Tagungen waren wiederholt Klagen laut geworden über die zu lange Dienstzeit, die Strafschichten und die regelmäßige Sonntagsarbeit. Es wurde in der Versammlung bedauert, daß die königlichen Bergbehörden bis jetzt dagegen noch nicht eingeschritten seien, wahrscheinlich deswegen nicht, weil die kaatlichen Gruben im Ruhrrevier selbst auf ihren Anlagen diese Dienstverhältnisse mehr und mehr übernommen hätten. Angenommen wurde eine Entschleunigung, die sich dagegen richtet, daß trotz des vorhandenen Steigerüberflusses noch ungeschulte Leute als Beamte verpflichtet würden. Den Reichstag ersucht die Versammlung, die Grubenbeamten bei der Beratung des Privatbeamten-Verordnungsgesetzes in den Knappschaffstassen zu belassen.

Anschluß an den Transportarbeiterverband. In einer Versammlung des Straßenbahnerverbandes Lubmischhafen, die am 11. August stattfand, wurde Bericht über die Zusammenfassungbedingungen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband erstattet und hierauf gegen eine Stimme der Anschluß an letzteren beschlossen. Der Anschluß erfolgt am 1. September.

Tariffbewegung im graphischen Gewerbe. In Jitta wurde zwischen den lithographischen Anstalten und Steindruckereien und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe ein fester Arbeitstarif abgeschlossen. Vereinhart wurde für Lithographen eine tägliche Arbeitszeit von acht Stunden und für Steindrucker von neun Stunden. Bei durchgehender (englischer) Arbeitszeit beträgt die Arbeitszeit auch für Steindrucker acht Stunden pro Tag. Eine bei Erneuerung des Buchdruckerarbeits in Kraft tretende Arbeitszeitverkürzung erhält zu derselben Zeit sofort auch für die Steindrucker Geltung. — Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre 24 Mk. und unterliegt dann der freien Vereinbarung zwischen Prinzipal und Gehilfen. Akkords-, Prämien- und Hausarbeit darf nicht geleistet werden. — Alle gesetzlichen und vom Geschäft angeordneten Feiertage werden bezahlt. Ebenso alle Verhinderungen, welche sich aus § 618 BGB. ergeben. Sowie zwingende Gänge zum Arzt oder zur Krankenkasse. — Überstunden werden an Wochentagen mit 3 1/2 Proz. und an Sonntagen mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. — Auf je ein bis fünf Gehilfen kann ein Lehrling gehalten werden, die Prinzipale und Gehilfen verpflichten sich zur bestmöglichen Ausbildung der Lehrlinge. Muster selbstgefertigter Arbeiten werden geliefert. Allen Lithographen und Steindruckern wird bei fortlaufendem Lohn ein jährlicher Urlaub gewährt, und zwar nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, und nach dreijähriger Beschäftigung sechs Tage. Der Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember 1914. — Bei Abschluß des Tarifs wurde in zwei Firmen die Arbeitszeit für Lithographen um eine halbe Stunde, und in einer Firma um eine Stunde täglich verkürzt, und an 29 Gehilfen wurden insgesamt 64 Mk. Lohnzulage pro Woche bewilligt.

Die Massenauspeerrung in Norwegen beendet! Am Freitag ist es zu einer Einigung zwischen dem norwegischen Arbeitgeberverein und den Arbeiterorganisationen gekommen. Das Resultat darf man ruhig als einen vollständigen Sieg der Arbeiter betrachten. Darnach mußten die Arbeitgeber die schon im vorigen Herbst auf einigen Gruben vereinbarten Tarife, die bekanntlich vom Arbeitgeberverein nicht anerkannt wurden, gutheißen, während die Minimallohnlöhne für die Bergarbeiter der übrigen Gruben von einem Schiedsgericht festgesetzt werden sollen. Im übrigen erhielten die im Konflikt stehenden Arbeiter durchweg Lohnzuschüsse, so die Maurer in Stavanger, die Arbeiter der großen Nagelfabrik in Christiania und die Arbeiter der Elektrizitätsbranche. Das Resultat der Einigungsverhandlungen unterlag der Abstimmung der Arbeiter, bevor es bekanntgegeben wurde. Die Arbeiter haben natürlich zugestimmt, so daß ipäterstens Mißwuchs die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Unter den Arbeitern herrscht große Freude über den errungenen Erfolg, dagegen sind viele Unternehmer sehr erbost auf den Arbeitgeberverein und dessen Leiter. Sie haben durch die Auspeerrung ihren Mitgliedern einen doppelten Verlust zugefügt, ohne den geringsten Vorteil zu erhalten. Sehr viele Unternehmer treten aus dem Arbeitgeberverein aus. Auch in bürgerlichen Kreisen ist die Freude über das Ende des Kampfes groß. Als der Präsident des Storthings die Mitteilung vom Friedensschluß bekannt gab, erhoben sich die Abgeordneten und brachen in lebhaften Weisfall aus, als er die Freude der Nation über das Ende des Kampfes hervorhob. Der König sandte den beiden Vermittlern Halvorsen und Genossen Dr. Erikson ein Dankreiben für die geleistete Arbeit. Auch die kapitalistische Presse ist froh über den Schluß des Kampfes, denn gerade sie hatten ja einen schweren Stand, indem sie die landeswiderständlichen Beschlüsse der Scharfmacher verteidigten und deshalb große Verluste an Abonnenten über sich ergehen lassen mußte. Unser Parteiorgan „Sozialdemokraten“ in Christiania schreibt: „Die Arbeiter nahmen den aufgewungenen Kampf mit exemplarischem Zusammenhalten und musterwürdiger Disziplin auf. Die Arbeiterorganisationen haben sich durch diesen Kampf einen Respekt verschafft, wie niemals vorher. Gleichzeitig hat sich der Arbeitgeberverein in seiner wahren Gestalt gezeigt. Mit Gewalt widersetzte er sich der notwendigen Verbesserung der Lage der Arbeiter, aber es zeigte sich, daß die Massenauspeerrung keine glückliche Waffe für den Arbeitgeberverein gewesen ist.“ Infolge dieses Ausgangs des Kampfes glaubt man allgemein, daß die bevorstehenden Verhandlungen über neue Tarife in der Papier- und Zelluloseindustrie glatt verlaufen werden, denn die Unternehmer wagen sobald nicht wieder mit den Arbeitern anzuhandeln. Den Arbeiterorganisationen hat dieser Kampf etwa eine Million Kronen gekostet, aber dieses Geld ist nicht unnütz ausgegeben. Der Organisationsgedanke hat auch unter vielen bisher nicht organisierten Wurzeln gefaßt und die verschiedenen Verbände haben während des Kampfes eine Masse neuer Mitglieder aufgenommen.

Aus Nah und Fern.

Nord. In Hohen Schönhäusen bei Berlin tötete der Schuhmacher Blint den Barbier Penzig durch einen Messerstich in die Brust. Blint war mit einem jungen Mädchen in einem Ball-Lokal. Als sie sich auf dem Heimwege befanden, hänselte sie Penzig und es kam zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf Blint dem Penzig, der erst seit vierzehn Tagen verheiratet war, ein Schuhmachermesser in die Brust

stieß, sodaß dieser tot zusammenbrach. Der Täter wurde festgenommen.

Ertrunken. Auf dem Schloßfeld in Königsberg i. Pr. kenterte ein mit zwei Damen und zwei Herren besetztes Boot. Die Damen und ein Herr ertranken.

Ausbreitung im Gerichtssaal. Eine stürmische Szene spielte sich vor der Strafkammer in Essen ab. Wegen schwerer Einbruchs war der Arbeiter Wendtmanitz zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt worden. Aus Wut darüber, daß ihm der Staatsanwalt wegen Gemeingefährlichkeit im Gerichtssaal die Fesseln nicht abnehmen ließ, überhäufte der Angeklagte die Richter mit Schimpfwörtern, warf die Anklagebank gegen den Richterlich und schlug trotz seiner Fesselung mit einem Stuhl um sich. Alles flüchtete. Ein Gerichtsdienner zog blank, und mit Hilfe der im Hörsaalraum anwesenden Schulleute gelang es, den Tobenden zu übermächtigen.

Nahlinge. Nach einer Meldung aus Essen a. N. wurden bei einer großen Schlägerei unter den Bergleuten in Hörde die beiden Brüder Bohn mit einem Beil furchtbar zugerichtet. Dem einen wurde die Nase abgeschlagen und ein Arm fast völlig abgetrennt, so daß er sofort starb, der andere schwebt in Lebensgefahr.

Die Straßenbahner in Saarbrücken sind in den Streik eingetreten. Sie fordern u. a. Verkürzung der Dienstzeit.

Tragödie eines Schuldirektors. Viel Aufsehen erregt die Tragödie des Bürger Schuldirektors Holzhausen in Ellrich am Harz. Holzhausen, der bis vor kurzem sehr angeesehen war, wurde stittlicher Vergehen an Schülern bestraft und soll die Eltern einer verführten Schülerin zum Fallscheid vor dem Untersuchungsrichter verleitet haben. Die Eltern wurden daraufhin verhaftet. Holzhausen selbst fiel den Polizeibeamten in dem Moment, als sie ihn verhaften wollten, tot in die Arme. Der Schreck hatte ihn getötet.

Unwetter in Tirol. Aus Innsbruck wird gemeldet: In vielen Teilen Tirols sind in der Nacht zum Dienstag schwere Gewitter niedergegangen. Die Dehtaler Ache ist über ihre Ufer getreten und hat Stege und Brücken fortgerissen und Ortschaften und Felder überschwemmt. Auf der Strecke Mittenwalden-Franzensfeste wurden alle Brücken fortgeschwemmt. Die Straße Somagoi-Prad, die die Zufahrt nach Sulden und Traftal bildet, ist zerstört.

Schweres Touristenunglück in Steiermark. Aus Wien wird berichtet: Auf dem Großen Pyrgas sind drei Touristen infolge eigener Unvorsichtigkeit abgestürzt, und alle drei haben dabei ihr Leben eingebüßt. Eine Gesellschaft von Sommerfrischlern unternahm am Sonnabend von Micheldorf (Steiermark) eine Partie auf den Pyrgas. Dabei trennte sich der Gymnasialprofessor Forbelsky mit zwei Damen, einer Fabrikantentochter aus Wien namens Brunner und einer Bräuner Dame namens Fürtner, von der Gesellschaft. Sie verließen den ungefährlichen Promenadenweg, um auf einem Touristenweg den Gipfel früher zu erreichen. Allen dreien fehlte die touristische Ausrüstung; die Damen trugen leichte Sommerkleider und städtische Beschuhung und Sonnenschirme. Da die Gesellschaft zwei Tage nicht zurückkehrte, rüstete man eine Expedition aus. Jetzt wurden nun alle drei als Leichen mit zerschmetterten Gliedern gefunden. Der Unfall ereignete sich offenbar in der Weise, daß eine der vorangehenden Damen ausglitt und die anderen mit sich rief. Die Unglücklichen sind 100 Meter tief gefallen.

Nach junge Mädchen verschwunden. Nach dem Budapest-Polizeibericht sind aus der ungarischen Metropole nicht weniger als acht meist dreizehnjährige Mädchen verschunden. Sie sind anscheinend einer in der letzten Zeit aufgetauchten Mädchenhändlerbande in die Hände gefallen. Man ist den Mädchenhändlern auf der Spur.

Flucht einer Anarchistin aus Sibirien. Die Anarchistin Marie Schkolnik, die im Januar 1906 das Attentat gegen den Gouverneur von Tschernigow Schwoftow verübte und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden war, ist aus Ostsibirien geflohen. Wie verlautet, hat das Zentralkomitee der sozialrevolutionären Partei die Flucht bemerkt.

Sechsfacher Mord in Rußland. In einem Gehöft bei Nowotischersk wurden sechs Personen in der grauenvollsten Weise ermordet.

Leonardo da Vinci Gioconda verschwunden. Gestern nachmittag nahmen die Diener des Louvre-Museums in Paris zu ihrer größten Bestürzung wahr, daß eines der berühmtesten Bilder der Sammlung, die Gioconda von Leonardo da Vinci verschwunden war. Von dem Bilde, das im Salon de Paris den Ehrenplatz eingenommen hatte, war nur der Rahmen zurückgeblieben.

Automobil-Unfall. Wie aus Rouen gemeldet wird, überfuhr sich ein Automobil, in dem sich der in Paris wohnende deutsche Judasrielle Louis Löwe mit zwei Damen befand, bei Henderbonville. Löwe war auf der Stelle tot, die beiden Damen erlitten schwere Verletzungen.

Schwerer Unfall. Auf dem Bahnhofe Blage bei Bordeaux stürzte eine Rangierlokomotive in einen Kanal. Es war unmöglich, den Lokomotivführer, dessen Kopf und Arme aus dem Wasser hervorragten, zu retten, da seine Beine in die Maschine eingeklemmt waren. Man mußte zusehen, wie der Mann ertrank.

Thachjustiz. Die Bevölkerung von Meyrargues bei Marseille lynchte am Sonntag den Italiener Baiardi, der den 76-jährigen Franzosen Julien beraubt und ermordet hatte. Baiardi war, als die Gendarmerie eintraf, bereits gestorben.

Beim Baden im Baganersee ist in der Nähe von Ponte Tresa ein deutscher Tourist ertrunken. Er wurde nach dem am Ufer aufgefundenen Kleidungsstücke als Ernst Leonard aus Barmen identifiziert.

Briefkasten.

4 Streitende. Der Bliß schlug am 26. Januar 1901 mittags in den Jakobikirchturm ein.

Literarisches.

Jagow. Unter diesem Titel bringt die soeben zur Ausgabe gelangte Nummer 33 der „Kommunale Praxis“ einen Leitartikel, der sich mit dem „berühmten“ Berliner Polizeipräsidenten im allgemeinen und mit dessen neuestem famosen Schieberlaß im besonderen beschäftigt. In dem Artikel wird die Frage aufgeworfen, was die Berliner Stadtverwaltung gegen diese Verfügung wie überhaupt gegen die Taten des Berliner Polizeipräsidenten zu übernehmen gedenkt. Der weitere Inhalt der Nummer ist reichhaltig und beschäftigt sich mit den verschiedenen weitverbreiteten Gebieten der Kommunalpolitik. Die „Kommunale Praxis“ ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen, Spektreure zum Preise von 3.— Mk. pro Quartal zu beziehen. Einzelnummern kosten 30 Pf. Probenummern versendet kostenfrei. Der Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. b. D., Berlin SW. 68.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling. Verleger: F. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für unsere Frauen.

Rechtlos!

Das kapitalistische System hat vieles mit dem Sklavensystem gemein. Es knechtet die Menschen, beut sie aus, spannt die körperliche Kraft des einzelnen, um so viel und sucht seine geistige Entfaltung zu unterdrücken, um so ein willenloses Werkzeug aus ihm zu machen. Es behandelt die Besessenen minderen Grades, das Recht wird nach Belieben abgewogen. Die Angehörigen der bürgerlichen Klasse, die Werteschaffer, sind nur Stiefkinder der politischen und sozialen Gesetzgebung. Für sie gilt der Satz: Viele Pflichten, wenig Rechte! Aber noch schlimmer steht es um die Rechte für den größten Teil der arbeitenden Bevölkerung, den Frauen. Für sie existieren die Pflichten der gewerblichen und häuslichen Arbeit, die Pflichten der Fortpflanzung und Kindererziehung, die Sorge um die Familie, die Aufgaben an den Staat in Form direkter und indirekter Steuern und so weiter. Trotzdem gilt für die herrschende Klasse die reaktionäre Forderung: „Das Weib schweige im Staat und in der Gemeinde!“ Nur das hatte Strafrecht, gilt für die Frau ebenso wie für den männlichen Arbeitsgenossen. Die Prostituierten, die arbeitende Frau, die von früherer Mordegenstände bis in die späte Antike sich plagt, ihre Kräfte oft und Kleidung, ihre Gesundheit dem kapitalistischen Staates weihen, soll nicht wissen, was gut für sie ist?

Schon im Jahre 1895 am 13. Februar hat Genosse Bebel im Reichstage darauf hingewiesen, wie falsch die Argumente der rechtsherrlichen Parteien sind, die da behaupten: Der Mann soll das Wahlrecht haben, denn er muß mit Leben und Geldbeitragen eventuell als Soldat einziehen für das Vaterland. Bebel bemerkte dazu: „Erlauben Sie! Wenn Sie sagen: hier ist eine Pflicht und eine Gefahr für die Männer, die gibt ihnen Anspruch auf ein Recht — dann sage ich: es gibt auch eine Gefahr für die Frauen, die unendlich größer ist als die Gefahr, der sich die Männer in den Kriegen aussetzen. Auf Grund der Statistik sind in Preußen im Zeitraum von 1816 bis 1876 allein rund 922 000 Frauen am Kindbettfieber gestorben. Bästlen Sie alle Männer in Preußen, die innerhalb dieser Zeit in Schlachten und Gefahren gefallen sind, aufzuzählen und Sie werden nicht entfernt auf die gleiche Zahl kommen. Ohne Geburten haben Sie keine Soldaten. So ist es auch die Frau, die hier Opfer bringen muß; so ist es auch die Frau, die ein gleiches Wahlrecht wohl beanpruchen kann. Es gibt nicht auf eine ganze Reihe von Staaten — ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen — die bereits das Wahlrecht für Frauen eingeführt haben, eine ganze Reihe von Staaten in Amerika und auch solche in Europa. Ich erinnere an das Bundesparlament in Finnland, an das norwegische Parliaments. Ich erinnere daran, daß außerdem in anderen Staaten bereits das Frauenwahlrecht zu den Gemeinverordnungen besteht, so in Dänemark, England, Norwegen usw. Ihre Herren, gestatten Sie mir gerade in bezug auf das Frauenwahlrecht noch einen Hinweis, nämlich auf den Staat Wyoming in Amerika.“ Von diesem Staat führte Bebel bei Gelegenheit aus:

„Nun gibt es aber in den Vereinigten Staaten einen Staat, der am 12. Dezember 1894 sogar das fünfundsiebzigjährige Jubiläum des politischen Stimmrechts der Frauen feierlich gefeiert hat. Im Jahre 1894 bereits das fünfundsiebzigjährige Jubiläum! Und da hat die Bevollmächtigte dieses Staates einstimmig folgende Adresse beschloffen, die ich Ihnen hier zum besten geben will. Sie lautet: Der Staat Wyoming hat die Ausübung des Stimmrechts durch die Frauen in Wyoming hat keinerlei schlechte, sondern nach vielen in Wyoming hat gute Folgen gehabt. Es hat in hervorragender Weise dazu beigetragen, Verbrechen und Armut aus diesem Staate zu verbannen, und zwar ohne alle Gewaltmaßregeln. Es hat friedliche und ordentliche Wahlen, eine gute Verwaltung, einen anerkannteren Grad der Zivilisation, eine öffentliche Ordnung herbeiführen helfen, und wir weisen mit Stolz auf die Tatsache hin, daß seit 25 Jahren, seit die Frauen das Stimmrecht besitzen, kein Distrikt ein Armenhaus besitzt und unsere Gefängnisse so gut wie leer und Verbrechen fast ganz unbekannt sind.“

„Gestützt auf unsere Erfahrungen bringen wir darauf, daß jeder zivilisierte Staat auf Erden den Frauen ohne Verzug das Stimmrecht geben soll.“ — So hat im Jahre 1894 bereits ein Parlament in Amerika votiert und Sie können sich heute noch dagegen, den Frauen auch nur in der Form eines Wahlrechts zu geben.

Was müssen all die sonderbaren Reden darüber, daß die Frauen nicht für das Wahlrecht reif wären.

Wären sie wirklich nicht reif, so würde das die Schuld der Erziehung, die Schuld der Art und Weise sein, wie man dem Weibe die Kenntnisse vorenthält.

Es wird aber sogar behauptet, die Frau wäre, vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gerichtet, nicht befähigt, von der Natur nicht dazu voranlag, am politischen Leben teilzunehmen. Ja meine Herren, in den Geschichtsbüchern unserer Schulen wird doch von der Regierungswelt einer Maria Theresia, ja selbst von der Regierungswelt einer Katharina II. erzählt. In England hat vor nicht langer Zeit eine regierende Königin auf dem Thron gesessen, und ich will nicht behaupten, daß sie es schlechter gemacht hätte als der verstorbenen Nachfolgerin; Spanien hat jahrelang eine regierende Königin gehabt, und in den Niederlanden ist heute noch eine regierende Königin auf dem Thron. Wenn der Frauenvorstand dazu langt über Wohl und Wehe von Millionen Menschen zu entscheiden, dann wird er wohl auch dazu ausweichen, an dem eigenen Wohl und Wehe der Frauen mitzuarbeiten. Die Frau des arbeitenden Volkes muß ihre Kinder, die sie unter Schmerzen gebärt und unter Stummer und Sorgen groß zieht, dem Militarismus überliefern; dann muß sie auch ein Recht haben, mitzureden und mitzupfeifen bei der Leitung der Geschicke unseres Vaterlandes.“

Die politische Verantwortlichkeit der Frau muß jeden Menschen mit Empörung erfüllen und wie mit Flamme brennen: heraus muß die Forderung in ihrem Herzen brennen: Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Die Frau im Handwerk.

Der preussische Handelsminister hat einen Erlaß ergoßen lassen, in dem er bemerkt, daß die Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen für Handwerker gegenüber der weiblichen Gewerbetreibenden vielfach von einander abweicht. Die Gewerbeordnung macht, abgesehen von den Arbeitern, festbestimmungen für Frauen, hinsichtlich der Ausübung des Gewerbebetriebs keinen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Gewerbetreibenden. Infolgedessen finden auch die Vorschriften der Gewerbeordnung über das Lehrlingswesen, über die Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfungen und über die Befugnis zur Lehrlingshaltung gleichmäßig Anwendung. Was die Zulassung der Frauen zu den Gesellen- und Meisterprüfungen anlangt, so ist zu berücksichtigen, daß bis vor kurzem die Bestimmungen über die Ausbildung und Anleitung von Lehrlingen sowie über die Ablegung der Gesellen- und Meisterprüfungen in bezug auf weibliche Personen meistens nicht beachtet sind. Der Ministerialerlaß bezieht sich daher als billige, daß die Frauen während einer gewissen Übergangszeit zu den Prüfungen auch dann zugelassen werden, wenn sie die vorgeschriebene Lehr- und Gesellenzeit vermögen. Ebenfalls soll weiblichen Gewerbetreibenden gegenüber, denen aus besonderen Gründen die Ablegung der Meisterprüfung nicht zugemutet werden kann, von der in das Ermessen der Behörden gestellten Verleihung der Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen ein wohlwollender Gebrauch gemacht werden.

Aus den Wählblättern.

Nobel. „Treiben Sie auch Sport, Herr Kommerzienrat?“ — „Nein, dazu habe ich eigens einen jungen Mann engagiert.“

Wahres Geschickliches. Zum Pfarrer kommt ein großer Sünder zur Beichte, und als er mit seiner Sündenregier fertig ist, fragt ihn der Beichtvater: „Ja, was sind Sie denn eigentlich?“ — „Ich bin Alkohol.“ — „Was ist denn das?“ — „Das kann ich Ihnen nicht so leicht sagen, das muß ich Ihnen vormachen.“ — „Sprichts, geht aus, dem Beichtvater und schlägt einen Salvo. Nachdem der Küstler entlassen war, tritt ein altes Weibchen in den Beichtstuhl und bittet den Pfarrer, er möchte ihr doch keine so harte Buße auferlegen, wie ihrem Vorgänger.“

(Aus der „Jugend“)

Revisor. Ein Revisor erscheint plötzlich in einem Amt der russischen Staatsbank und fragt den Chef des Amtes: „Werden hier Staatsgelder veruntreut?“ — Der erschrockene Beamte erwidert: „Nicht — daß ich wüßte.“ — „Nun, dann ist ja alles in Ordnung.“ entsetzt der Revisor und reißt wieder weiter.

Barbon, Gnädigste — hier im Theater müssen die Damen die Hüte abnehmen.“ — „Aber was wollen Sie — das ist ja mein Kopf.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Rb. Schmarf. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gesamtlich in Lübeck.

An Bord des „Siegfried“.

Roman von Friedrich Thieme.

(18. Fortsetzung.)

„Angesichts, ich würde Ihnen,“ sprach hier der Präsident mit erhabener Stimme, „dies auf Wort glauben, wenn nicht ein wertwürdiger Umstand dem entgegenstände. Herr Inspektor Möbius, in dessen Händen die Untersuchung auf dem Dampfer lag, hat einen Scheff von tausend Pfund bei Ihnen vorgefunden. Wie sind Sie in den Besitz dieser Anweisung gelangt?“

„Ich habe sie mit von Herrn Möbius geben lassen.“

„Zu welchem Zwecke?“

„Das darf ich nicht sagen.“

„Sie dürfen nicht? Warum nicht?“

„Erlauben Sie mir, hierauf die Antwort zu verweigern.“

„Sie haben sich schon früher bei der Erörterung des betreffenden Punktes in Widersprüche verwickelt, haben behauptet, Möbius habe Ihnen das Patent zur Aufbewahrung übergeben, weil er es bei Ihnen für sicherer halte. Ich erachte mich nicht für berechtigt, etwas anderes zu sagen.“

„Aha! Sie flüchten sich in der Verlegenheit hinter das bekannte Ich darf nicht! und zeigen mit dem Finger auf ein geheimnisvolles Etwas, das niemand erraten kann. Uns werden Sie damit nicht betören, verlassen Sie sich darauf. Es würde Ihnen wahrlich besser an, die Wahrheit über den Scheff zu bekennen.“

„Gut! Gut!“

„Dann weiter. In die Enge getrieben, besannen Sie sich plötzlich auf die Existenz eines zweiten Scheffs, den der Ermordete angeblich bei sich führte.“

„Ich habe damit nur die Wahrheit gesagt.“

„So? Aber Sie wissen doch wieder wie groß der Beitrag, noch wo das Dokument ausgefertigt und wo jahrtbar war.“

„Ich habe es niemals näher angesehen.“

„Sie wissen auch nicht, wie groß die Summe war, welche Möbius auf seiner Flucht mit sich nahm?“

„Nein.“

„Noch wohnen dieselbe gekommen ist?“

„Selbst! Es muß wertmäßig wenig Beträgen gewesen sein.“

„Nun, Sie sind ein wenig wertmäßig wenig Beträgen gewesen, ichen Ihnen bestanden haben. Man hätte von einer Leidenenschaft, die zu einem so verwerflichen Schritte führt, mehr Sanftigkeit erwarten sollen. Bestand keine solche Sanftigkeit zwischen Ihnen?“

„Nein.“

„Satten Sie sich halb nachher entsapert? oder hatte die Neue Ihre Gefühle für Möbius verändert?“

„Ich kann darüber nichts auslagern.“

„Wieder nichts? Ganz nach Betleben. Sie waren nicht verheiratet mit ihm?“

„Nein.“

„Sie hegten aber doch die Absicht, sich zu verheiraten?“

„Nemoh! die Hochzeit sollte gleich nach der Ankunft in Argentinien gefeiert werden.“

„Bestand diese Absicht auch noch an dem Tage vor der Nacht, in welcher Möbius ermordet wurde?“

„Ne, sie bestand noch.“

„Waren Sie auch in Ihrem Zimmern noch entschlossen, den Bund fürs Leben mit ihm zu schließen?“

„Gut! Gut! Sie wandte unsicher ihr Antlitz ab.“

„Sie waren es nicht mehr. Ihre Liebe hatte sich in Groß verwandelt. Sie haben dem Inspektor gegenüber selbst zugegeben, es könnte so sein, sich aber über die Motive Ihrer Sinneswandlung nicht geäußert, denn er war Ihnen bis zuletzt mit Leidenschaft zugegen. Vielleicht hatte gerade dieses sein Verhalten die Veränderung herbeigeführt. Er hat sich auf dem Schiffe nicht so gegen Sie benommen, wie Sie das erwarteten und verlangten, nicht wahr?“

Die Wangen des jungen Mädchens färbten sich mit fliegendem Purpur.

„Nun, Angeklagte, wollen Sie uns gar nichts erwidern?“

„Erlauben Sie mir diese qualvolle Darlegung — ich —“

„Sie wollen nichts hierüber auslagern?“

„Nein.“

„Geben Sie zu, einmal den Anruf getan zu haben. Dieser Zustand muß ein Ende nehmen, sollte es auch ein Leben kosten!“

Die Angeklagte preßte die Hände vor das Gesicht. „Ich — ich weiß es nicht. — Es kann sein — vielleicht habe ich mein Leben“ gelagt, denn ich dachte damals in der Tat an Selbstmord.“

„Frau von Erbs hat mit Bestimmtheit behauptet, die Äußerung habe so oder gar noch gravierender gelauret. Sie konnten auch gewesen haben: sein flatt ein Leben.“

„Das habe ich sicher nicht gesagt, denn ein anderer Gedanke als der, meinem eigenen verloreren Leben ein Ende zu machen, ist mir niemals gekommen.“

„Trotzdem haben Sie gegen Ihren Bräutigam wenige Stunden vor seinem Tode Ertragungen ausgeföhren.“

„Davon weiß ich nichts.“

Der Präsident nahm ein Blatt aus den vor ihm liegenden Akten. „Wir werden nachher die ganze Auseinandersetzung hören. Für den Augenblick genügt es, Ihnen folgende Worte ins Gedächtnis zu rufen: „Lind laß dich warnen! Ich habe den Vagen nicht zu strafen, er könnte zerpflücken! Ich habe getan, was nur ein Weib tun kann, und war erdötigt, den Scheff bis zum Grunde zu leeren. Über dich die Verantwortung, wenn es anders kommt!“ — Gaben Sie die Äußerung getan oder nicht?“

„Ich habe sie getan.“

„Wählen Sie mir nicht beifühlichen, wenn ich konfektieren muß, daß etwas Ungewöhnliches aus ihr hervorgeht, etwas wie die Antündigung einer bevorstehenden Katastrophe?“

„Ich wollte ihm nur andeuten, daß er sich meines Befehls nicht allzu sicher fühlen möge, daß es noch ein Mittel gebe, ihm denselben zu entziehen.“

„Die Herren Geschworenen werden zu entscheiden haben, welche Definition ihnen als die zuverlässigere erscheint. Lebensfalls steht folgende Tatsache fest: Wenige Stunden nach der erregten Auseinandersetzung zwischen Ihnen und dem Kaiser wurde derselbe erschoten, mit seinem eigenen Messer erschoten, das er auf dem Tischchen vor seinem Bett verewahrte. Der Täter konnte nur eine mit den Gewohnheiten des Opfers ganz vertraute Person sein, die in der Kabine ungehindert Zutritt fand. Sie mußte größer sein als er, da die Schritte von oben nach unten geführt wurden, und die alle gestiegene übertrifft tatsächlich Möbius an Körpergröße. Diese Momente zusammengehalten mit den Widersprüchen, in welche sich die Angeklagte verwickelte und mit ihrem Verhalten angefangen der Tat und der Leiche, sowie der Befehls des Scheffs bilden eine Reihe von Indizien, deren Gewicht schwerer wiegt als die Unschuldserklärungen der Angeklagten. — Gaben Sie noch etwas vorzubringen, Angeklagte? Sonst schreite ich zur Vernehmung der Zeugen.“

„Gut! Gut! Sie schreite ich zur Vernehmung der Zeugen.“

„Gut! Gut! Sie schreite ich zur Vernehmung der Zeugen.“

Der Präsident klingelte und befahl, nunmehr den Hauptzeugen, Kriminalinspektor Mohr, herbeizurufen.

Der Inspektor gab eine ausführliche und überflüssige Darstellung des Sachverhalts von dem Augenblicke an, wo die Angeklagte wegen Veruntreungen erfaßt wurde, bis zu dem Moment, wo er seine Gefangene in die Hände des Staatsanwalts in Berlin abliefern. Er hob mit Nachdruck alle Verbaltsätze hervor, betonte alle Widersprüche, die sich Gitta Nordens hatte aufzuzählen kommen lassen. Das Gespräch Gittas mit ihrem Bräutigam zitierte er wörtlich aus seinem Taschenbuche.

„Offenbar riefen die Ausführungen des Kriminalbeamten einen tiefen Eindruck hervor. Auch dem Verteidiger konnte die seinem Schicksal unglückliche Wirkung nicht entgehen. Raum hatte Mohr seine Ausführungen beendet, erhob er sich

